

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1919-1933 1931

25 (20.6.1931)

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fernsprecher Nr. 6015. — Postcheckkonto: Verlag Nr. 12329 Nürnberg, Postfach Nr. 2038, Reichsgeschäftsstelle der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands. — Druck: Werkbunddruckerei Würzburg.

ARBEITER- UND BAUERN-PARTEI DEUTSCHLANDS

Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutschland 0.50 RM., für das Saargebiet Fr. 4.50, für Österreich S. 1.40 ausschließlich Zustellgebühr. POSTVERLAGSORT WÜRZBURG. Herausgeber u. verantwortlich: Vitas Heller, Würzburg.

Nr. 25 / 12. JAHRGANG

SAMSTAG / 20. JUNI 1931

EINZELNUMMER 20 PFG.

Wie lange will Brüning noch weiter ausbeuten?

Brünings letzte Chance. — Die letzte Karte der Zentrumspolitik. — Diktatur der Schwerindustrie? Jaidismus oder Volksrevolution der Bauern und Arbeiter?

Die Gesamtlage in unserem deutschen Volke, wie die Lage des deutschen Gesamtvolkes innerhalb der europäischen Politik spitzt sich immer mehr zu.

Außen wie innenpolitisch ist der Karren total verfahren. Wirtschaftlich geht die „Krisis“ weiter. Kulturell Auflösung aller Ordnungen und Bindungen! Unser ganzes Leben ist in „Krisen“ geraten und mit dem Hinweis auf die „allgemeine Krise“, von der man dem Volke sagt, als sei diese wie etwas vom Himmel Gefallenes gekommen, geht man um die Verantwortungen und Konsequenzen herum.

Diese „Krisis“ kommt doch aus dem der Krisis vorausgehenden Zerfall unserer inneren geistigen Ordnungen, der Auflösung von Sitte und Moral, von Christentum und Gemeinschaft, von Staat und Gesellschaft! Und nun wird sich alles „entwickeln“.

Wir haben seit 1920 das christliche Deutschland gewarnt. Wir haben es gerufen zur radikalen Umkehr! Wir haben ihm Wege gezeigt, wie unter christlicher Fahne ein neues deutsches Volk aufgebaut werden kann und muß, wie ein Weltkrieg von 1914/18 endlich liquidiert werden soll, wie man tabula rasa machen muß mit einer alten, faul und morsch, unsittlich, materialistisch, zersetzend gewordenen Welt, die nur den Geldsack kennt als obersten Götzen. Wir sind verhöhnt, verfolgt, verdämmt worden.

Heute rauchen die Klöster in Spanien. Heute stürmen Faschisten Mussolinis den Vatikan. Heute steht ein Zentrumskanzler da und weiß keinen Rat mehr. Heute werden in Deutschland Barrikaden errichtet. Morgen? —

Die letzte Karte.

auf die das Zentrum nach der Wahl von 1928 noch einmal setzte, auf die die Kirchengewaltigen bis zum letzten Dorfpfarrer herab nochmals ihren Einsatz vom Mißbrauch der Religion für parteipolitische Macht wagten — diese letzte Karte ist verspielt! Verspielt, weil diese sogenannte „christliche“ Politik in Wirklichkeit eine heidnische war, da sie dem Geldsack diene und die Menschenmassen in Not, Elend, Verzweiflung, Haß gegen alles notgezwungen getrieben hat. Diese Politik kann keine Wunder von Gott erwarten, nachdem sie seinen ersten Gesetzen solange und so brutal getrotzt hat. Man hat sich vom wehleidenden Volke entfernt und hat dem Staate vertraut. Das gesamte deutsche Besitztum, auch das im schwarzen Rock, steht leider nicht mehr im Dienste des Volkes, sondern im Dienste eines Staates, der kein Brot, keine Arbeit und keine Freiheit geben kann. Dieser Staat aber steht vor dem Letzten! Darüber täuscht sich wohl kein ernster Mensch! Und alle heutige Staatsmacht, Polizei und Reichswehr und Verwaltung vermögen nichts aufzuhalten. Garnichts! Sie vermögen nur deutsche Volksgenossen vor Gewehrläufe und auf Barrikaden zu zwingen. Täglich bereits fließt deutsches Bruderblut in Deutschlands Gauen!

Die ganze bürgerliche Welt weiß keinen einzigen Weg mehr ins Freie!

Nur die Gewalt, die letzte brutale Terrorgewalt, kennt sie noch gegen das eigene Volk! Und es gäbe doch keinen von diesen Volksgenossen, der aufstände wider den Staat, wenn der Staat Gerechtigkeit bedeutete und wenn er Frieden bedeutete und wenn er Sorge für Arbeit, Brot, Heim und Lebensmöglichkeit bedeutete würde. Wie kein einziger dieser Menschen aufstehen würde gegen einen Priester, gegen eine Kirche, wenn diese bedeuten würden „Ich war hungrig und ihr habt mich gespeist“, wenn sie bedeuten würden: Opfer bringen für das Volk, mit dem Volke leben, mit dem Volke kämpfen, mit dem Volke Opfer tragen, mit dem Volke in Elendshütten wohnen, mit dem Volke seinen Befreiungskampf kämpfen!

Was will diese bürgerliche Welt noch?

Anfangen von Brüning-Hugenberg bis Hitler-Severing? Zur Zeit höchster Notzuspannung, wo Deutschland seine Reparationen nicht mehr zahlen kann, hat diese Politik eine europäische Atmosphäre geschaffen, die zum Zerspringen ist. Brüning hat in England wohl gesehen, daß die Welt draußen ein anderes Gesicht hat als in Pommern oder beim Stahlhelmtag in Breslau, oder durch die Brillen der Ressortressortzelle des Reichswehrministeriums gesehen! In dem Momente, wo Deutschland den Youngplan kündigen müßte, wenn es leben will, was es den Versailler Vertrag kündigen

müßte, da er Freiheit vergewaltigt und Ungerechtigkeit heißt, steht dies Brüning-Deutschland allein!

Wie elendiglich steht hier nicht nur die Außenpolitik Brünings, sondern ganz miserabel die Hitlers. Diese Phrasensparte will Versailles und Youngplan zerreißen und hat eine ganze Welt gegen sich, nicht nur im Auslande, sondern auch im eigenen Volke! Oder glaubt der gute Adolf, die 20 Millionen deutscher Arbeiter und 5 Millionen deutscher Kleinbauern würden sich seine barbarische Brutalität einer faschistischen Diktatur gefallen lassen? Glaubt er ein geschlossenes Volk hinter sich zu bekommen? Den Bürgerkrieg kann er auslösen. Außenpolitisch aber: Was will er mit Mussolini anfangen? Die Braunhemdjugend bereitstellen für den Krieg zwischen Italien und Frankreich? Oder was glaubt er von dem kapitalistischen England erwarten zu können? Oder von Amerika, das gerade jetzt erklären läßt, daß es den Europäern keinen Pfennig nachläßt, solange diese Milliarden für Rüstungen ausgeben! Ist das nicht heller Wahnsinn?

Die Brüningpolitik weiß erst recht nicht, was sie will. Auftrumpfen! Treviranuseiden! Zollvertrag mit Oesterreich, das gerade jetzt den Bankrott seiner Bank hat. Zwei Todkranke, die man aneinander ketten will und die beide ins Verderben rennen! Innerhalb Deutschland fische Pacifistenhetze. Stahlhelm und Reichswehrministerium sind Trumpf. Nur kein Wort gegen das Reichswehrministerium! Unter Brüning ist es sakrosankte Majestät geworden! Zur offenen Kriegsaufforderung des Stahlhelms weiß diese Regierung nach Warschau nur zu geben, daß in Polen auch nationalistic Demonstrationen stattfänden. Wir können es uns ja leisten!

Kein Wunder, wenn es dann so kommt:

163 Millionen Gold- und Devisenabgaben seitens der Reichsbank an das Ausland innerhalb der letzten Wochen. Kapitalflucht der deutschen Patrioten, die dem Karren nicht mehr trauen und Kündigung ausländischer Guthaben, die noch weniger dem deutschen Durcheinander trauen. Wenn noch die kurzfristigen Anleihen gekündigt werden, so sagt Dr. Luther, wird es fruchtbar werden, Banken werden krachen . . .

Wo steht Ihr, bürgerliche Machthaber?

Was ist es mit der Regierung Brüning?

Gegen die Großpensionäre ist Brüning machtlos!

Ist das nicht ein Skandal? Alle Verfassungsrechte und alle Rechte der breiten Massen werden über den Haufen geworfen und die Notverordnungen machen keinen Halt vor direkten Verfassungsverletzungen, wenn es sich darum handelt, die unteren Massen weiter in die Not zu stoßen.

Nur zwei Kategorien sind unantastbar: Die Banken und die Großpensionäre!

Die Großpensionäre bekommen nämlich keine Kürzungen! Sie haben kein Opfer zu bringen! Ein ehemaliger Reichskanzler, dem die Republik 18 000 Mk. Pension bezahlt, der nebenher noch 600 000 Jahreseinkommen als Direktor der „Hapag“ verzeichnet, braucht keinen Pfennig zu opfern!

Nun will der Reichsfinanzminister Dietrich an diese Herrschaften mit der Bitte um freiwillige Beiträge herangehen!

Unster Stadtrat Bauer hat einmal von den Würzburger Großbeziehern auch freiwillige Spenden für die Not der Arbeitslosen verlangt. Er hat auch, wie Dietrich, verlangt, die Namen derer, die etwas tun, in der Presse zu veröffentlichen. Unsere Freunde wissen, wie er und sein Antrag von den Herrschaften behandelt wurde. „Unmoralisch“ hat sogar ein Vertreter einer Kirche seinen Bauerschen Antrag bezeichnet! Der Oberbürgermeister erklärte kategorisch: „Niemand biete ich meine Hand . . .“ Niemals! Nein! Es geht ja an die, die es könnten! Aus der Geschichte wurde nichts!

Wir glauben sagen zu können, daß es dem Reichsfinanzminister mit seiner freiwilligen Bitte ebenso geht!

Die Großen bittet man, freiwillig etwas zu geben!

Den Kleinen preßt man nicht nur den Schweiß, nein, noch das Blut heraus!

AUS DEM INHALT:

Proteste! Proteste! — Was soll werden? — Der „unerlöschliche“ Brüning und das erschütterte Volk — Die Schwerindustrie für Brüning — Staatsinteressen! — So wird das deutsche Volk zu Tode gesiedelt — Du sollst Opfer sein (Fortsetzung) — Gewerkschaft und Arbeiter — Die organisierte Schutztruppe der Hochfinanz — Partei und Gewerkschaft — Schleicht die Reihen — Halenkreuzkomplexe — Rund um das Samariterwerk — Aus der Bewegung.

Notverordnungen gegen das Volk! Keine einzige Notverordnung gegen die Industriellen, Bankiers, Schwerverdiener, Kapitalbesitzer! Die letzten Notverordnungen haben dem Faß den Boden ausgeschlagen! Das war mehr, als die größten Scharfmacher erwarten durften! Kriegsbeschädigte, Kinder, Arbeitslose, Jugend, Frauen und Mütter des armen Volkes, wirklich die Ärmsten der Armen, untere Beamte und Angestellte, die werden neu mit 1,3 Milliarden belastet, was für einen Haushalt 147 Mark, einen ganzen Monatsverdienst ausmacht. Wovon sollen diese Menschen noch leben? Und dabei doch keine Sanierung der Finanzen! Dabei keine einzige Mark, die für Produktion, Arbeitsbeschaffung verwendet würde!

Wer wagt es da, mit irgendeinem sittlichen Korrelat Brüning noch ein Wort von „Vertrauen“ auszusprechen? Das Zentrum wagte es in Hildesheim! Und es wird mit dem letzten Zentrumskanzler der Notverordnungen in den Zusammenbruch stürzen. Und es wird über seine letzte Geschichte geschrieben werden müssen: Hauptschuldiger am Untergange des deutschen Volkes!

Die Entwicklung reißt — die Entwicklung rast.

Barrikaden werden bereits errichtet: In Hamborn, Duisburg, Essen, Köln-Mülheim, Mannheim, Frankfurt, Darmstadt — es muß weit gekommen sein mit der Not, wenn

Gegen die Großen die Bitte! Gegen die Kleinen die Diktatur, und wenn sie dabei nicht brav bleiben: den Gummiknüppel und das Gewehr!

Das Volk der Arbeiter, Angestellten, Bauern, kleinen Beamten etc. weiß: Kein Großbesitzer, kein Kapitalist gibt für die Volksnot freiwillig etwas her, nicht mehr als ein Taschengeld als Almosen! Das schaffende Volk muß sie zum Abtreiben des Raubes an Volksgütern und Volksgeldern mit seiner zu erkämpfenden Macht zwingen!

Kapitalistendiktatur?

Frankreich erwägt „militärische Maßnahmen“!

Die Zentrumsprese veröffentlicht einen Plan der Schwerindustrie.

Darnach soll die gegenwärtige Regierung abgelöst werden durch eine Diktatur einer Gruppe von Industrieführern. An der Spitze soll Dr. Schacht stehen. Fühlungnahme zu Hugenberg und Hitler ist gepflogen worden. Hitler soll die hinter ihm stehenden Massen für eine solche Politik einseifen. Es sollen für die praktische Durchführung solcher Pläne alle Vorbereitungen getroffen sein. Diese Wirtschaftsdiktatur würde sich auf die Bajonette stützen und mit brutalster Gewalt vorgehen.

Dazu wird berichtet: Die französische Regierung hat bereits mit der belgischen Fühlung genommen über die voraussehende deutsche Entwicklung. Die französische Regierung hat Brüssel wissen lassen, daß eine nationalistische Diktatur eine schwere Gefährdung des europäischen Friedens bedeute und daß von ihr militärische Maßnahmen in Erwägung gezogen seien.

Das genügt. Die Entwicklung in Deutschland springt geradezu. Volk der Arbeiter und Bauern: Wo stehst Du dabei!

Kleine Wochenpolitik.

In nahezu allen größeren Städten Deutschlands ereignen sich täglich Zusammenstöße, Unruhen, wobei es bereits mehrere Tote und viele Verletzte gab.

Die politische Lage hat sich durch die Forderung der Deutschen Volkspartei, den Reichstag einzuberufen, besonders angespannt. Der Reichskanzler drohte mit Rücktritt, falls das Parlament die Regierung in ihrer Arbeit störe.

Der Kampf gegen die Notverordnung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine fordern Aufhebung oder mindestens radikale Änderungen.

Das Reich hat sich von den Banken einen Überbrückungskredit von 200 Mill. geben lassen.

Der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Rußland soll in gleicher Form verlängert werden.

Der Reichsbankdiskont ist plötzlich von 5 Prozent auf 7 Prozent erhöht worden.

Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 21. Mai: 4.078.000. Die Belastung der Krisenfürsorge erhöhte sich um 15.000 auf rund 929.000 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Borsig-Werke haben an das Reichsfinanzministerium einen Antrag auf Subvention gestellt mit der Begründung, daß die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe gefährdet sei.

Der Volksentscheid über die Landtagsauflösung in Preußen soll auf den 9. August festgesetzt werden.

Zum Präsidenten des Oldenburger Landtages wurde der Nationalsozialist Eichler gewählt.

Der Oldenburgische Landtag forderte sofortige Aufhebung der Notverordnung.

Die Stadt Gera hat für die städtischen Arbeiter die 40-Stundenwoche eingeführt.

Die Einnahmen der bayerischen Staatskassa betrugen im April 14,26 Mill.; die Ausgaben beliefen sich auf 61,79 Mill. Mk.

Von den anlässlich des Breslauer Stahlschmelztages 120 verhafteten Arbeitern sind noch 65 in Haft. Acht befinden sich in Hungerstreik.

Die Berliner Polizei beschlagnahmte den kommunistischen Roman von Claus Neukrantz, „Barrikaden am Wedding“.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ ist von der Filmprüfstelle zur beschränkten Vorführung vor geschlossenen Gesellschaften und Vereinen freigegeben worden.

Der im Leipziger Reichswehrprozesse zu Festungshaft verurteilte Leutnant Ludin wurde aus der Haft entlassen.

Die Stahlhelmführer Seidte und Dünsterberg wurden wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz und das Pressegesetz zu je 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurden 4 Nationalsozialisten wegen Organisation des Schaufenstersturmes bei der Reichstagsöffnung zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Anlässlich einer Gantagung der sächsischen Nationalsozialisten kam es in Chemnitz zu Zusammenstößen zwischen Nazi und Kommunisten. 2 Tote und mehrere Verletzte waren die Folge.

Pfarrer Teusch, M. d. R., Spitzenkandidat des Evangelischen Volksdienstes, ist zu den Nationalsozialisten übergetreten.

In Köln wurden die Fordwerke eingeweiht.

Der Shuman-Bau der Heidelberger Universität wurde unter Anwesenheit des früheren Botschafters Shuman eingeweiht.

Die Reichsregierung plant, ein Pensionskürzungsgezet, das hauptsächlich die hohen Pensionen treffen soll, einzubringen.

Die Verhandlungen mit der Sowjetregierung wegen Lieferung von 200.000 Tonnen Stahlschwamm sind zum Abschluß gekommen.

Im Neuröder Kohlengebiet ereignete sich wieder ein Kohlenunfall, dem 7 Bergleute zum Opfer fielen.

Mac Donald und Henderson haben die Einladung zu einem Gegenbesuche in Berlin angenommen.

Briand nahm in der französischen Kammer scharf Stellung gegen die Breslauer Stahlschmelzgebäude.

Der neue Präsident der Republik, Doumer, wurde feierlich in sein Amt eingeführt.

Lebrun, ein Freund Polcares, wurde zum Senatpräsidenten gewählt.

Henderson wird im Juli als Vertreter der britischen Regierung die Pariser Kolonialausstellung besuchen.

Die polnische Regierung ließ in Berlin eine Note überreichen, in der die Reichsregierung auf die Breslauer Kundgebung aufmerksam gemacht wird, die geeignet sei, die Beziehungen beider Staaten zu trüben.

Die Sowjetregierung legt eine neue innere Anleihe im Betrage von 1000 Mill. Rubel auf.

Die russische Handelsvertretung in Deutschland hat im April für 21,5 Mill. Rubel Aufträge an die deutsche Industrie vergeben, gegen 16,3 Mill. Rubel im gleichen Monate des Vorjahres.

Die Spannungen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan hält an.

Die holländische Regierung hat den päpstlichen Nuntius wegen aktiver Betätigung innerhalb der katholischen Aktion ausgewiesen.

Der Schweizer Ständerat hat die Einführung der Todesstrafe im Strafbuch verworfen.

In Barcelona kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Syndikalistin und Sozialisten.

Das englische U-Boot „Poseidon“ stieß beim Auftauchen an der chilenischen Küste mit einem Handelschiffe zusammen und ist mit 20 Mann gesunken.

Die brasilianische Regierung ließ 5000 Tonnen Kaffee verbrennen und will zur Hebung des Kaffeepreises noch weitere 40.000 Tonnen verbrennen.

Bergarbeiterlöhne.

Die Zechenbesitzer wollen die am 1. Jan. um 6% gekürzten Löhne bereits wieder kürzen.

Wie steht's eigentlich um die Entlohnung des Bergarbeiters? Durch Anstreben und Zwangsmaßnahmen schlimmster Art wurde aus dem Kumpel des Ruhrbergbaues in den letzten Jahren eine Leistungsetzlerung von 19% herausgepreßt. Statt einer Erhöhung der Löhne folgte ein 6%iger Lohnabbau (raub).

Folgt war, daß der Lohnanteil pro Fördertonne von 6,57 Mk. auf 5,83 Mk. zurückging. Die Differenz steckten die Grubenbarone ein.

Der durchschnittliche Barverdienst betrug im Febr. d. J. pro Kohle 6,45 Mk. Auf 20 Schichten umgerechnet mit Sozialsbeitrag und Oberstundenzuschlägen ergibt dies ein Monatsverdienst von 160 Mk. Hiervon gehen ab für Sozialbeiträge mindestens 14%. So bleibt dem Bergmann ein Monatsverdienst von knapp 140 Mk., das ihm nunmehr die Ausbeuter noch weiter beschneiden wollen.

heute schon die hungernden Masse. aufstehen! Man sage nicht: „kommunistische Hetze“. Die historische Entwicklung der kommenden Revolution kündigt sich an. Heute noch hält Polizei das nieder. Geht es auf Dauer? Unmöglich! Was soll auch das Niederhalten? Geht Arbeit und Brot und ihr braucht keine Gummiknüppel!

Darüber gibt es keinen Zweifel! Die Dinge entwickeln sich auf des Messers Schneide.

Brünning und Hindenburg geben nicht nach. Die Parteien sind zu feige, die letzte Konsequenz zu ziehen. Nach den Notverordnungen, die die unteren Massen belastet, will die Partei der Schwerindustrie, die Deutsche Volkspartei, den Reichstag nicht mehr einberufen haben. Die SPD. spielt ihren Verrat bis zum Ende. Die nächsten Wellen der Volksentscheidungen werden sie mit Zentrum und dem bürgerlichen Konklomerat hinwegspülen.

Was kommt? Wo liegt die Entscheidung und deren Möglichkeit?

Die Lage ist schlimmer als 1918. Damals war das deutsche Volk zur Durchsetzung einer wahren Revolution nicht reif! Heute ist es derart verhetzt und zerfleischt, daß eine einheitliche Volksbewegung nicht denkbar ist. Die Hauptschuld daran trägt Hitler! Die Hitlerpartei ist der Keil im Fleische des deutschen Proletariats, der sein einheitliches Handeln vorerst unmöglich macht. Sie steht vollständig im Dienste der Kapitalisten, Industriellen und der Hochfinanz! Verkauf, verraten und betrogen sind jene Arbeiter und Bauern, die ihr folgten und folgen. Generale, Offiziere, Studenten sind die Hauptschreier und eigentlichen Träger dieser Partei. Die warten alle auf Karriere und gute Postenversorgung im 3. Reich — auf Kosten des Hungers der Bauern und Arbeiter! Der Kasernhofdrill von vor dem Kriege gibt uns ein Schulbild, was Bauern und Arbeiter im Hitlerstaate erwartet! Freiheit? O wo! Fürchterliche Knebelung! Mussolini hat es vorgemacht! Gewerkschaften zer schlagen. Niedrigste Löhne von allen europäischen Ländern! Bauern und Arbeiter den Banken und Schwerindustriellen und einer staatlichen Faulenzerarmee, genannt „Faschistenheer“ ausgeliefert. 12% Lohn- und Gehaltsabbau!

Vorerst gibt es drei Möglichkeiten:

1. Plan der Schwerindustrie. Diese will zum letzten Versuch diktatorischer Ausübung der Volksmassen ausholen. Eine Diktatur unter Umsturz der Verfassung ist geplant. Eine Wirtschaftsdiktatur mit Dr. Schacht an der Spitze und den Großindustriellen Thyssen, Krupp und Völgler ist geplant. Die vollziehende Gewalt soll dem Führer der Reichswehr übertragen werden.

2. Die faschistische Diktatur unter Hitler und Hugenberg.

3. Die Volksrevolution der Arbeiter und Bauern und Errichtung ihres Staates und ihrer Diktatur!

Die zwei ersten Lösungen stehen als Gefahr heute vor uns. Sie liegen am nächsten. Was sie bedeuten, braucht nur angedeutet zu werden! Sie sind beide innen- wie außenpolitisch unhaltbar! Außenpolitisch bedeuten sie Krieg und damit letzte Vernichtung Deutschlands. Innenpolitisch bedeuten sie Bürgerkrieg, Barrikadenkampf, Zerfleischung des deutschen Volkes und letzte Auflösung.

Keine dieser ersten Lösungen vermag uns frei zu machen von Youngplan und Versailles! Denn dies muß erfordern: Daß das deutsche Volk sich radikal löst von der ganzen kapitalistischen Welt des Westens, Englands wie Frankreichs, wie Amerikas und den Anschluß findet im Osten, besonders an Rußland, ohne damit dem Westen einen Fehdehandschuh hinzuwerfen. Indem es ganz einfach eine alte Welt bei sich begräbt, die in Konflikt mit diesen Mächten stand!

Diese zwei Lösungen: Diktatur der Schwerindustrie und Diktatur Hitlers würden nur die innere Volkrevolution der Millionen Arbeiter und Bauern zur Folge haben. Hitler so wenig als die Diktatur der Schwerindustrie vermögen eine Stunde Arbeit zu schaffen! Das ist nur mit dem Sturz des kapitalistischen Systems und einer geordneten Planwirtschaft im Sozialismus möglich! Es gibt keinen anderen Weg! Alle anderen Theorien sind eitel Dunstgebilde! Und noch jede Diktatur hat die Revolution ausgelöst. Eine Herrschaft Hitlers könnte nur eine vorübergehende sein. Es würde sich sehr bald zeigen, schon nach wenigen Wochen, wie die Wirtschaftskrisis zum letzten Zusammenbruch käme! Das ganze Hitlerprogramm ist für solche Lösungen, wie sie heute vor dem deutschen Volke stehen, keinen Schuß Pulver wert. Zusammengestoppertes, unverdautes Zeug, dessen paar gute Gedanken, wie deutsches Bodenrecht etc., von der Hitlerpartei in Praxis bereits verraten worden sind. Hitler würde im kapitalistischen System grundsätzlich nichts ändern. Die Aktiengesellschaft der Thyssen und Krupp würden bleiben. Den Großgrundbesitz würde er nicht enteignen, das Volk bekäme kein Land. Die Federsche Geldpolitik ist glatter Unsinn und wird wohl von der Hitlerpartei selbst nicht ernst genommen. Außenpolitisch hätte er die ganze offizielle Staatenmacht der europäischen Völker des Westens und Ostens gegen Deutschland gehetzt! Die Welt gestattet ein Mussolini-Italien, aber sie gestattet kein Hitler-Deutschland!

Was bleibt? Eine ganz gewaltige Aufgabe: Nur das Volk der Arbeiter, Bauern, Mittelständler, kleinen Beamten, Angestellten, die Mehrheit des deutschen Volkes muß in einer Einheitsfront organisiert werden, über alle Parteigränzen hinweg in ganz großer Volksbewegung, daß dies Volk aufsteht und seine Macht in die Hände nimmt. Es gibt keine andere Lösung! Diese Lösung ist die Rettung Deutschlands, garantiert nicht nur die soziale Lösung, die innerpolitische, die Lösung der Wirtschaftskrisis, sondern vor allem auch die Freiheit der deutschen Nation! Und sie ist zugleich die allerbeste reale Sicherungsgrundlage für den Frieden und den Aufbau Deutschlands!

Leider Gottes ist bis heute in Deutschland nur die KPD, die Führerin zu diesem Kampfe gewesen. Sie allein schafft es aber nicht. Zudem will die Mehrheit des deutschen Volkes, das christlich denkende Volk, keine Kloster- und Kirchenstürme. Es will Freiheit in seiner Religionsausübung! Es will christliche Kultur innerhalb des Sozialismus pflegen! Hier erst, von dieser Perspektive und in dieser Stunde nahender Entscheidung erkennt man erst, wie furchtbar die offiziellen christlichen Kreise, vor allem die christlichen Parteien und alle ihre Lobbyisten und Manager gesündigt haben an der wirklichen Fundierung christlicher Kultur der Zukunft, indem sie jede radikale Volksbewegung zum Sturze des Kapitalismus bekämpft, verdammt, jeden „Sozialismus“ verworfen, jede Revolution als „unchristlich“ bezeichnet haben. Sie stehen sehr bald ohne Macht, mit leeren Händen vor dem aufstehenden Volke!

Umso größer ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands! Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, sind alle Differenzen, die bestehen, Kinderreine!

Es geht ums Ganze! Freunde in Stadt und Land, erkennt diese Aufgabe! Die Stunde ruft uns! Unser Programm ist entscheidend! Hinaus in die Dörfer, hinein in die Betriebe! Unsere Presse, unser Programm unter die Massen. Versammlung und Werbung, Aufklärungs- und Sammlungsarbeit! Stärkste Aktivität! Das große Ziel heraus! Einheitsfront des schaffenden Volkes zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes unter der roten Fahne mit dem schwarzen Kreuz! V. H.

Proteste! Proteste!

Arbeiter, Arbeitslose, Angestellte, Kriegsbeschädigte, Mittelständler, Beamte und Handwerker — alles ist empört gegen die Notverordnung!

Proteste nützen nichts! Schafft Macht, schafft die politische Einheitsfront!

„Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ lautet die neue Notverordnung. Aber sie rührt garnicht an der Wirtschaftskrisis! Sie bringt der bruchliegenden Produktion kein einziges Plus! Sie sichert und saniert keine Finanzen, im Gegenteil, sie zerrütet sie vollends! Die Reichsbank weiß sich nicht mehr zu helfen. Das Geld geht vollends ins Ausland und die Ausländer kündigen ihre Kredite! Kein Wunder: ein arbeitsloses und immer weiter ausgehungertes Volk kann keine Vertrauenswürdigkeit und Kreditfähigkeit darstellen. Über aller „Kapitalbildung“ hinweg hat man das Hauptkapital: die menschliche Arbeitsleistung, die Kaufkraft der Millionen verschlagen! Diese Notverordnung wirkt nicht nur auf die Massen sozial vernichtend, sondern sie wirkt vor allem auch auf die Wirtschaftsentwicklung weiter verheerend! Die Massen müssen sich noch mehr einschränken. Sie können noch weniger als bisher kaufen. Weitere Geschäfte können bald den Laden zumachen. Weitere Betriebe können stilllegen. Die Schraube zur letzten Katastrophe dreht sich.

Man nehme nur folgende schreiende Ungerechtigkeiten: Bei der Krisensteuer zahlt der Angestellte mit 2000 Mk. Einkommen 25 Mark Krisensteuer, der Unternehmer aber zahlt nur 13 Mk. Bei 5000 Mk. Jahreseinkommen zahlt der Angestellte 100 Mk. neuer Krisensteuer, der Unternehmer, sein Chef, aber zahlt nur 43 Mk.! Wir begreifen, daß für die Partei der Schwerindustrie, die „Deutsche Volkspartei“, nach der Notverordnung „kein Grund mehr ist, den Reichstag einzuberufen“.

Bei der Arbeitslosenunterstützung bedeutet die Notverordnung: Kürzung der Unterstützung. Ein Arbeiter mit 175 Mk. Lohn und 32 Wochen Anwartschaft erhielt bisher 16,55 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Nach der Notverord-

nung nur noch 14,62 Mk. Arbeitslosenversicherung! Dabei konnten diese armen Menschen von der bisherigen Unterstützung nur das allernackteste Leben fristen!

Die Jugendlichen sollen von der Luft leben! Dem kleinen Beamten mit 187 Mk. Gehalt werden plus Abzug der Kinderzulage 28 Mark monatlich abgezogen! Wenn man die Abzüge der Kinderzulagen berücksichtigt, bekommt ein kleiner Beamter mit 2000 Mk. Jahresgehalt 8,9% abgezogen, ein Beamter mit 6000 Mk. nur 6,3 und ein Beamter mit 10.000 Mark Jahresgehalt gar nur 6,1%. Also, je höher das Gehalt, desto niedriger der Abzug! Das nennt man „Notverordnung“. Notverordnungen, mit der die Ministerialräte, Großpensionäre, Generale, Minister, Regierungspräsidenten, Schwerindustriellen und Großbauern einverstanden sein können, die aber nach unten den letzten Lebensraum verengt.

Es hagelt im ganzen Reiche nun Proteste auf Protest! Die Beamten protestieren. Der Reichshand der Kommunalbeamten will auf Rechtungsgültigkeit klagen. Die Angestellten protestieren. Die Arbeiter und Arbeitslosen, Jugend errichtet Barrikaden. Kriegsbeschädigte protestieren. Aber jeder Protest ist wirkungslos, wenn er nicht eines auslöst: politische Macht zu schaffen, um ein System abzubauen, das zu solchen Maßnahmen zwingt. Bildet die Einheitsfront! Ihr seid die Mehrheit des Volkes. Ihr könnt Euren Staat und Eure Macht in Eure Hände selber nehmen, wenn Ihr die Einheit findet!

Vorerst: Selbsthilfe üben! Nehmt Euch all die Zeitungen her, die noch für eine Regierung Brüning eintreten. Nehmt alle Zeitungen her, die keine Stellung gegen die Notverordnung nehmen und bestellt sie ab! Das soll Eure erste Antwort sein!

Darüber hinaus aber: Organisiert den Volksbefreiungskampf auf der ganzen Linie, wie ihn die Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Was soll werden?

Brüning erlebt als Kanzler Deutschlands eine Tragik so der gleichen. Er, der „starke Mann“, der Mann des „Frontgeistes“, der die Demokratie so meisterhaft auf Seite gedrückt hat, wird heute am meisten von denen bedroht, denen er diesen Dienst erwiesen hat.

Was ist in der allerletzten Zeit nicht alles hereingestürzt! In Breslau die Kriegshetze und offene Kriegserklärung des Stahlhelm. In Spanien die Klosterstürme, die Ausweisung des Kardinalprimas von Toledo seitens der spanischen Regierung. In Rom der Sturm der Faschisten auf den Vatikan: „Mussolini“ ist zu den „Gottlosen“ gegangen. Als Brüning nach Chequers ging, glaubten seine Anhänger, ihn im Triumph als „Befreier Deutschlands vom Youngplan“ empfangen zu können.

Statt dessen empfangen ihn Demonstrationen: „Hungerkanzler“! Und im deutschen Volke hatte seine neue Notverordnung Grauen, Entsetzen, Knieschlottern und Proteste auf Proteste ausgelöst. Brüning hatte geglaubt, nachdem er Hugenberg erledigt hatte, die SPD. ins Schlepptau genommen, auch Hitler erledigt zu haben. Gegen die „Kollektivistin“ und Sowjetisten, die Kommunisten hatte man noch genügend Polizei und zuletzt Goerner mit seiner Reichswehr.

Und nun hat sich alles zur letzten Zuspitzung verschlechtert. Die Industriemagnaten treten sogar mit ihrer Diktatur auf. Göring, der neue Hitlermann, ruft nach Blut und Maschinengewehren gegen die hungernden Mägen der kommunistischen Massen. Er hat ja als gut besoldeter Hitlerbeamter keinen Hunger zu leiden. Die SPD. zählt nicht mehr als politischer Machtfaktor! In Leipzig hat sie ihr politisches Todesurteil unterzeichnet. Kein politischer Mensch nimmt sie mehr ernst. Zu „rechnen“ hat weder Brüning, noch Hitler, noch Thälmann mit ihr. Ein netter Diskutierklub, sonst nichts mehr!

Was aber nun?
Auf Brüning folgt Hitler: die Diktatur!
Auf Hitler folgt das europäische Chaos und der innerdeutsche Bürgerkrieg!
Auf jede Diktatur folgt die Revolution!
Ja, Stalin hatte recht, als er vor einem halben Jahre zum Amerikaner sagte: „Es steht gut um die Weltrevolution!“ Und Brüning weiß gar nicht, daß er ihr stärkster Förderer ist!

Der „unerschütterliche“ Brüning und das erschütterte Volk!

Brüning hat die Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, zu sich gerufen. Es darf keine Reichstagsauflösung beschlossen werden. Wird sie beschlossen, so wird Brüning zurücktreten und Hindenburg wird ihm eine weitere Diktatur übertragen, sodaß der Reichstag nicht zusammen kommt.

Das ist bereits, wenn es gemacht wird, glatte Außerkorsettsetzung der Reichsverfassung. Ob der Reichspräsident auf Grund Art. 48 solche Befugnisse hat, nämlich die, den ganzen Volkswillen einfach an die Wand zu drücken, muß rein juristisch schon verneint werden. Es wäre der Staatsstreich!

Geht die Regierung Brüning samt Hindenburg diesen Weg der kapitalistischen Staatsstrieche, dann hat sie auch kein Recht mehr, gegen irgend welche Revolution von unten einen Artikel der Reichsverfassung ins Feld zu führen. Dann kommt jener Zustand, wo nur noch die Macht spricht. Und dann steht Volksmacht gegen Staatsmacht! Die Entwicklung treibt im rasenden Tempo diesen Weg entlang!

Die Schwerindustrie für Brüning.

Gegenüber den Versuchen der sozialdemokratischen Demagogen, zwischen Brüning und der Schwerindustrie einen Gegensatz zu konstruieren, um den Massen vorzuführen, daß Brüning noch nicht ganz so reaktionär ist, wie andere, muß man immer wieder darauf verweisen, daß in all den Tagen, vor und nach der Verkündung der Notverordnung von der Schwerindustrie niemals die Forderung auf Rücktritt Brünings erhoben wurde. Anders Minister in der Regierung will man ersetzen. Bogar Brüning soll dafür sein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, bekanntlich ein außerordentlich weit rechtsstehendes Blatt der „Deutschen Volkspartei“, formuliert die Forderungen der Schwerindustrie in ihrer Ausgabe vom 13. Juni (Nr. 263) folgendermaßen:

„Nicht die Einberufung des Reichstages, nicht rednerische und „taktische“ Wettkämpfe der Parteischäpmlinge in den Ausschüssen sind nötig, sondern die Bildung der schlagkräftigen autoritativen Regierung unter der Führung des Reichskanzlers Dr. Brüning“

Es handelt sich nicht um Devisenmacherei, sondern um die Sicherung der Autorität einer neuen Regierung Brüning; sie hat die schwerste Aufgabe zu erfüllen, die dem deutschen Volke seit 1918 gestellt war.“

Das ist deutlich und zeigt, wohin der Kurs geht. Nach der parlamentarischen Erledigung der Hungernotverordnung wird das Steuerrad noch weiter rechts gedreht, wenn bis dahin nicht die Massen in außerparlamentarischen Kämpfen in die Geschicknisse eingegriffen haben.

Hier sieht man auch, wie verbrecherisch die Haltung der Sozialdemokratie ist, die gemeinsam mit der Schwerindustrie die Einberufung des Reichstages verhindert.

Wenn die „DAZ“ an 1918 erinnert und von der „schwersten Aufgabe“ spricht, die das deutsche Volk seit der Novemberrevolution zu erfüllen hat, so kann man nur dankbar für diese Erinnerung an unsere Fehler 1918 sein, denn wenn wir 1918 keine Arbeit geleistet hätten, wären wir heute nicht das Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, könnten die Herren der Schwerindustrie schon längst nicht mehr in Deutschland schalten und walten wie es ihnen beliebt. Jawohl, die schwerste Aufgabe seit 1918 hat das deutsche Volk noch zu erfüllen, nämlich das nachzuholen, was verloren verlor.

Glossen über Krieg und Nationalismus.

Von Friedrich Pirwitz.

Kriegsmusik ist wie ein berausches Getränk. Beim Klange der Paukenrollen steigt sich in jeder Mannesbrust das Lebensgefühl, wie nach dem Genuß von Wein. Ach, wie viele Opfer forderte bereits dieses Kriegsmusik-Trunkoch, wie viele lassen sich von einem schmerzenden Marsch verleiten, fröhlich in den Krieg zu ziehen. Wann kommt endlich das — Alkoholverbot!

Krieg als Verteidigung des Vaterlandes war nur solange sinnvoll, als man keine Möglichkeit sah, die Notwendigkeit des sich Verteidigenlassens überhaupt aus der Welt zu schaffen. Heute, wo diese Möglichkeit infolge der immer mehr zunehmenden Aufklärung besteht, ist es töricht, die Grenze zu verteidigen, anstatt Krieg gegen den Krieg zu führen. Man handelt genau so töricht wie ein Mensch, der unter einer Brause stehend, lieber einen Regenschirm aufspannt, anstatt die Brause abzuwenden. Daß die Brause nicht absteht — reden ihm die Regenschirmfabrikanten ein.

Es ist unrichtig, das Familienleben mit dem Zusammenleben der Menschen in einer Nation zu vergleichen und daraus allerlei patriotische Pflichten abzuleiten. Eine Nation ist keine Familie, denn es gibt wohl selten Familien, in denen ein Teil der Angehörigen zu Gunsten anderer Familienglieder ausgebeutet wird. Wo es tatsächlich geschieht, hat der Unterdrückte so wenig die Pflicht, diese Familie als die seine anzuerkennen, als der Ausgebeutete irgend eines Landes die Pflicht hat, dieses „Vaterland“ als das seine zu betrachten. Da es nun in der gegenwärtigen Weltordnung in jedem Volk Ausgebeutete in großer Zahl gibt, so gibt es auch in jeder Nation Menschen, die mit Recht sagen können: „Ich habe kein Vaterland“.

Das Vaterland des Patrioten ist etwas, was nur in der Einbildung der Menschen besteht. Da wir uns aber in dieses Ideal verliebt haben, wollen wir uns dies nicht eingesehen und lieben „apfer und heiter eine Schimäre, besonders beim Ausbruch eines Krieges erinnert sich jedermann, von patriotischer Romantik erfüllt, an diesen Schanden und deklamiert begeistert von einem „einig Volk von Brüdern“, um einige Stunden später ein Mithradat und gottesfürchtig über's Ohr zu lassen. Der Mensch berauscht sich gern und der Grund seiner Begeisterung ist ihm ganz gleichgültig; daher gilt es ihm auch wenig, ob das „Vaterland“ etwas real Existierendes ist oder nicht; in der Phantasie besteht, wenn er diese Wahrheit auch vor sich selbst und vor andern verbirgt.

Man sagt oft, daß ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen niemals zustande kommen könne, da ja sich die einzelnen Menschen nicht miteinander vertragen. Nun, man hat heute die Menschen immerhin so gut gelehrt, daß sie in der Regel gut erträglich miteinander auskommen und wo tatsächlich Meinungs-

verschiedenheiten sind, da pflegt man sie nicht mit Gewehren und Bajonetten auszutragen. In Ausnahmefällen wird bald der Staat Ordnung geschafft haben. Jedenfalls wird man einen Raubmörder ins Zuchthaus und einen Verdrückten, der im Verfolgungswahn sein Haus verbarrikadiert, ins Irrenhaus sperren. Da aber Nationen, die sich verbarrikadieren oder andere überfallen, niemals im ganzen verdrückt oder verbarrikadiert sind, immer nur deren Führer, so verfährt man mit Letzteren nach obigem Vorbild.

Wenn es überhaupt angebracht ist, das Leben eines Einzelmenschen mit dem Leben einer Nation zu vergleichen, so müßte sich aus diesem Vergleich viel eher die Notwendigkeit regen internationalen Kulturlebens ergeben, als die Forderung nach nationalistischem Pfahlbürgertum hinter ängstlich bewachten Grenzen. Geselligkeit ist des Menschen Lebensbedürfnis; woblan, so man auch die Geselligkeit der Nationen. Aus der Verbindung zweier Menschen verschiedenen Geschlechts entstehen Kinder. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich Nationen verschmelzen, um neue Nationen zu zeugen. Wie wäre es mit folgender: Als Verloote empfehlen sich „Michel und Marianne“.

Nur die Gesellschaft, der Kollektivismus, ermöglicht ein Zusammenleben der Menschen. Nur die Gesellschaft der Nationen, der Völker-Kollektivismus wird für die Zukunft ein weiteres Nebeneinanderleben der Nationen ermöglichen.

Es gibt keine Nationen an sich, so wie es Grundstoffe gibt. Alle Nationen (auch die „geren“ der „Hitler“) sind Substrat verschiedener vorangegangener Völker. Stillstand der Entwicklung würde auch hier Tod bedeuten.

Der Nationalist, der alles „Ausländische“ haßt, ist nicht vernünftiger als ein Hund, der jeden Fremden „murr, Wurr“ beim Tier als werdenden Besitz bewertet mag, ist beim Menschen als ein „was“ von sich zu schämen hat, als etwas Unmenschliches. Wir sollten dies Bewußtsein endlich überwinden. Sobald ein „feindlicher“ Flieger versehentlich die Grenze überfliegt, erschallt das wohlklingende allgemeine patriotische Gekläff: Das Vaterland ist in Gefahr.

Wenn ein schwarzes Huhn unter eine Schar weißer Hennen gerät, so wird es fortgebissen. Groß ist die Zahl der Menschen mit Hühneraugen.

Was man unter der Herrschaft der gegenwärtigen beschränkten Moral als einen Mangel ansieht, nämlich das Andersein der Fremden, das wird man in der zukünftigen, von allen Vorurteilen befreiten Welt als etwas Erfreuliches, Liebenswürdiges ansehen. Man wird sich der Buntheit des Menschengeschlechtes freuen, so wie man sich an der Farbenpracht eines Blumenbeetes erfreut.

(Aus: „Deutsche Zukunft“ vom 13. Mai 1931.)

Staatsinteressen?

Als die Gewerkschaftsführer bei Brüning vor sprachen und betonten, daß die Notverordnungen Brünings die Ärmsten der Armen treffe, antwortete Brüning: „Wichtige Staatsinteressen“ erforderten sie.

Herr Brüning, was sind das für Staatsinteressen und was ist das für ein Staat, der das lebendige Volk mordet und vernichtet? Ein Staat, der nicht Wahrheit und Gerechtigkeit bedeutet, hat kein Recht zur Existenz und alle seine „Interessen“ können zum Henker gehen! Was ist denn der „Staat“ und sein Interesse? Etwas der Verwaltungsapparat mit den Großbeziehern, oder die durch diesen Staat geschützte Bankfinanz samt Schwerindustrie und Großagariern?

Es darf keinen Staat geben, der aus seinem Interesse gegen das lebendige Volk handelt! Ein solcher Staat ist unsittlich, lieber Herr Dr. Brüning! Müßen wir Ihnen das als Christen sagen? Sie müßten es wissen! Wie vereinbart sich Ihre Notverordnung und Ihre Stellung zu den „Staatsinteressen“ z. B. mit der neuen Enzyklika des Papstes? Der Staat ist nichts, das Volk ist alles! Ihr vernichtet das Volkstum, das lebendige Volk! Wir aber müssen die Sache des Staates zur Sache des Volkes machen!

Und nur eine Frage noch: Müßte aus Staatsinteresse gerade die Masse der Ärmsten der Armen getroffen werden? Gibt es in deutschen Ländern sonst keine Besitzer, Millionäre, Großbezieher etc. mehr, die man hätte heranholen müssen? Nur eine einzige ganz reale Tatsache: Nach den Bilanzangaben der „Darmstädter und Nationalbank“ für das Jahr 1930/31, hatte die Bank ein „glänzendes Geschäftsjahr“, hatte diese Bank beim Zinsenkonto ein Mehr, bei den „erhaltungsausgaben eine Ersparung von 3,7 Millionen und einen Gewinn nach Abschreibungen und Rückstellungen in der Höhe von 84,7 Millionen Mark. Und dieser Bank hat Ihre Regierung, Herr Reichskanzler Brüning noch über 3 Millionen Mark an Steuern gesenkt!

War das Staatsinteresse! Warum packen Ihre Notverordnungen nicht dort an, wo das Geld wirklich geholt werden kann, ohne Notvermehrung?

35 Prozent Unterstützungsraub für Arbeitslose.

Die Taten des christlichen Arbeitsministers Stegerwald. Das Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, vom 10. Juni, bringt eine Aufrechnung über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung durch die neue Notverordnung. „Der Deutsche“ stellt fest, daß die Notverordnung nicht einen Unterstützungsabbau von 5%, wie behauptet wurde, bringt, sondern einen Abbau von 6—35%. Insbesondere werden die Saisonarbeiter so schwer betroffen, daß sie meistens ein Drittel der bisherigen erbärmlichen Unterstützung verlieren. Nachdem so „Der Deutsche“ ausgerechnet hat, wie fürchterlich das Hungerelend der Arbeitslosen verschärft wird, schreibt er:

„Man kann kaum glauben, daß die Reichsregierung einen Abbau in solcher Ausmaß beabsichtigt hat. Dann jedoch ist es wenig verständlich, daß die Sachkundigen im Reichsarbeitsministerium die Auswirkung dieser Bestimmung nicht im voraus berechnet haben.“

Das ist ein aussichtsloser Versuch, Brüning und den christlichen Arbeitsminister Stegerwald zu entlasten. Stegerwald

ist voll verantwortlich für den Abbau der Unterstützung, und die christlichen Arbeiter müssen mit ihm abrechnen.

Wahnsinn der Tribute.

Deutschland bezahlt jährlich 1 800 000 000 Goldmark Reparationen. Das sind monatlich 150 Millionen, täglich 5 Millionen, 5 Millionen Mark würden 400 000 Arbeiterfamilien ihr tägliches Brot geben. 5 Millionen Mark würden reichen, um über eine Million Menschen täglich zu ernähren und einzukleiden. 5 Millionen Mark ergeben den Wert von 170 Bauernhöfen mit Vieh und Gerätschaften (gerechnet je 45 000 Mark). Und dieser Wahnsinn soll bis zum Jahre 1987 andauern!

Hitlers „Sozialismus“.

Unsere Leser erinnern sich der Tagung der westdeutschen Eisenkönige in der Düsseldorfer Tonhalle vor 14 Tagen, wo der Großindustrielle Reusch für die arbeitenden Massen das provokatorische Stichwort prägte: „Wir müssen uns nach oben hangern“, und der Generaldirektor Dr. Springorum an Brüning die Adresse richtete: „Wir verlangen ganze Arbeit!“

Zu diesen volkseindlichen Forderungen einer „edlen“ Tafelrunde satter Tantiemenbezieher schreibt die Essener nationalsozialistische „Nationalzeitung“: „Zum erstenmal seit langen Jahren hat sich auf der Wirtschaftstagung in Düsseldorf ein Ansatz zu dem gezeigt, was der Nationalsozialismus vom ersten Tage seiner Gründung erstrebte und was ihm als unverrückbares Ziel vor Augen steht“. Deutlicher können diese nationalsozialistischen Unternehmernknechte ihren „Sozialismus“ nicht enthüllen.

„Zentrumsfaschismus“

Der „Vorwärts“ vom 14. Juni bringt einen Bericht über eine Geheimkonferenz namhafter Zentrumsführer, die am 7. Juni in Maria Laach, in der Eifel, stattfand. Diese Konferenz, an der auch der bekannte Josef Joos teilnahm, befaßte sich mit der Durchführung des faschistischen Systems in Deutschland. Referent war ein Wiener Führer der Christlich-Sozialen, Othmar Spann, der sich rühmte, daß auf seine Initiative hin die österreichischen Heimwehrgewerkschaften gegründet wurden. Spann empfahl das faschistische System und schlug eine Reihe dementsprechender Maßnahmen vor. Der „Vorwärts“ schreibt zu dieser Konferenz u. a.:

„In einigen führenden Schichten des politischen Katholizismus hat sich der faschistische Keim tief eingewurzelt. Ganz besonders unter den jungbürgerlichen Katholiken sind die Sympathien für eine autoritär-faschistische Bewegung außerordentlich groß. Die allgemeine Tendenz der katholisch-sozialen Bewegungen ist nach der neuesten Enzyklika auf einen gemäßigten Faschismus gerichtet. Die kirchlichen Kreise sehen in diesem System eine zeitgemäße Erneuerung des mittelalterlichen Zunft- und Feudalsystems. Sie glauben, daß der Faschismus sich im Abendland für die nächste Zukunft durchsetzen würde und sehen in ihm das Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus. An der Laacher Konferenz haben maßgebende katholische Wirtschaftsführer aus dem IG-Farbenkonzern, den Firmen Klöckner, Thyssen u. a. teilgenommen.“

Damit bestätigt der „Vorwärts“ die Faschisierung des Zentrums. Die SPD-Führer werden nichtsdestoweniger ihr Bündnis mit den Zentrumsfaschisten fortsetzen. Aber die kampfgewillten SPD-Arbeiter und die rebellierender proletarischen Zentrumsanhänger kommen zur roten Einheitsfront, um anzukämpfen gegen Faschismus und Volksausplünderung.

So wird das deutsche Volk zu Tode gefiedelt.

Vorsicht! Vorsicht!

Wie die Menschen so abscheulich und undankbar geworden sind, und wie man garnicht vorsichtig genug sein kann, besonders gegen die Behörden, — das soll hier an einem Beispiel gezeigt werden. — Es wird jetzt so viel von Siedeln geredet. Seit 10 Jahren schon. Siedeln soll alles retten. — Aber, aber! Da war z. B. ein niedersächsischer Bauernsohn, 36 Jahre alt. Aus dem Kriege war er auch noch an Leib und Seele gesund zurückgekehrt. Auf Vaters Hof konnte er nicht bleiben. Denn es waren außer ihm noch 5 Geschwister da. So lernte er denn noch das Schlosser- und das Maurerhandwerk, und ging dann in die Industrie arbeiten. Bis er erwerbelos wurde. Nach 5 Monaten pakte ihn der Ekel vor dem müßigen Herumlungen; Er wurde Siedler. Aber nicht mit Hilfe irgend seiner Selbsthilfe-Siedlungsgesellschaft, sondern mit Hilfe einer staatlichen, gemeinnützigen, daran auch Provinz, Kreis und Gemeinde beteiligt war. Denn er hatte noch Vertrauen zum Staate. Er war noch nicht so verhetzt worden. Er glaubte auch noch, was in den Zeitungen immer wiederkehrend geschrieben wurde von den segensreichen gemeinnützigen staatlichen Siedlungsgesellschaften. — So bekam er 1927 eine Siedlung von 60 Morgen — guter Mittelboden — zu 30 000 Mark. Davon brauchte er selber nur 6000 Mark mitzubringen. Alle Geschwister halfen ihm dabei. Leicht wurde es ihnen zwar nicht. Denn sie hatten alles verloren, was sie und ihre Eltern und Großeltern zusammen gespart hatten, mündelsicher! Verloren durch die Inflation. Sie verpfändeten den Rest ihrer Habe, und so brachten sie die nötigen 6000 Mark zusammen. Von den noch fehlenden 24 000 Mark bekam er 10 000 Mark von den Hypothekendarlehen. Billig, zu nur 8%. Dank der Hilfe der Gemeinnützigen. Weitere 8000 Mark erhielt er „unter Reichs- und Ländergarantie mit öffentlichen Zinszuschüssen“. Wieder mit Hilfe der gemeinnützigen staatlichen Siedlungsgesellschaft. Den Rest von 6000 Mark bekam er aus Hauszinssteuermitteln zu nur 1%. Das war doch allerhand! Und wieder mit Hilfe der Gemeinnützigen. — Mit diesem Gelde bezahlte er nun 14 000 Mark fürs Land, 13 000 Mark für Gebäude und 3000 Mark für Geräte, Vieh usw. Das heißt: er bezahlte eigentlich garnichts. Er bekam das Geld garnicht erst zu sehen. Das machte alles die staatliche Siedlungsgesellschaft. Er brauchte bloß seine 6000 Mark herauszugeben. Da konnte er sich hineinsetzen ins fertige Nest. — Allerdings, die paar Mark Zinsen mußte er nun bezahlen. Das waren im Mittel nur 5%, — denn es war ja alles gemeinnützig, — zusammen im Jahre rund 1500 Mark, oder auf den Morgen 25 Mark. Also nur etwas mehr als er früher in der Stadt überhaupt an Einkommen gehabt hatte. Aber dafür war er auch sein eigener Herr. Sozusagen! — Na, und dann kamen allerdings auch noch die Steuern dazu. Aber die müssen doch bezahlt werden. Und Zinsen auch. — Ja, und dann kamen allerdings noch die unvorhergesehenen Ausgaben dazu, — aber das bringen neue Verhältnisse doch immer mit sich. Im Ganzen war es doch billig, was er bekommen hatte. Die Siedler nach 1927 haben fast durchweg alle mehr bezahlen müssen. Weil die Not doch inzwischen immer größer geworden war, und da mußten sie doch fürs Land, für die Gebäude und alles andere mehr bezahlen. Aber doch nicht etwa aus Bosheit und gar Gewinnstreben bei der Gemeinnützigen, sondern einfach wegen dem Gesetz von Angebot und Nachfrage: wenn wenig Brot da ist und viele Menschen, die danach hungern, dann wirds Brot eben teuer — und umgekehrt. — Trotzdem die Siedler nach 1927 fast alle mehr bezahlen mußten, sind dennoch viele von ihnen noch am Leben. Ja, die meisten sind sogar heute noch auf ihren Siedlungen drauf! — Und plagen sich mit Weib und Kindern redlich für die Aufbringung der Zinsen! Davor muß man doch Achtung haben. Die Steuern müssen ihnen ja vielfach gestundet werden. Das ist

doch großzügig und entgegenkommend von den Behörden. Dafür dürfen sie billigerweise verlangen von den Siedlern, daß sie das Maul halten und einsehen, daß wir in einer schweren Zeit leben, wo es nicht nur ihnen, den Siedlern, schlecht geht, sondern allen, die ehrlich arbeiten; daß, knapp und deutlich gesagt, die ehrliche Arbeit verarmt! — Das aber hat der dickköpfige Niedersächsenhädel in unserem Beispiel eben nicht gelten lassen wollen. Er schrieb an die gemeinnützige staatliche Siedlungsgesellschaft folgenden ungebührlichen und respektlosen Brief:

„Sie verlangen von mir Zinsen! Widrigenfalls Sie mir das Leihgeld kündigen, und mein Eigentum dann zwangsversteigert würde. Wie soll ich denn Zinsen zahlen können, in Geld? Ich baue Früchte, aber kein Geld. Geld-machen durch verkaufen, feilschen und fälschen habe ich nicht gelernt und liegt mir nicht im Blute. — Verkaufe ich meine Früchte, so geht das nur unter den Herstellungskosten, und dann darf ich für mich noch keinen Arbeitslohn ansetzen. Und dann verliere ich bei Getreide am Zentner 1,40 Mark, bei Kartoffeln 80 Pfg., bei Schweinen 19 Mark. Ich muß aber doch leben, wenn ich für Euch arbeiten soll. Mein Weib hat sich schon die Schwindsucht auf den Leib gearbeitet. Meine Kinder sind unterernährt, sagt der Schularzt. Dabei sind wir Bauern, die die Nahrung haben. Alles durch die wahnsinnige Wirtschaftspolitik, die Ihr macht; Ihr und die andern vom Staate.“

Im übrigen frage ich hierdurch: Wie kommt Ihr dazu, noch Zinsen zu verlangen? Für das Land habt Ihr mir 14 000 Mark angerechnet. Aber Ihr habt es so gut wie umsonst bekommen. Richtiger genommen: abgetrieben, — nachdem Ihr dem armen Menschen, meinem Vorgänger, erst so wahnwitzig viel Steuern aufgehalst habt, daß er darunter zusammenbrach. Nach Recht und Gesetz selbstverständlich, was Ihr so Recht und Gesetz nennt. Beweist doch einmal das Gegenteil. Veröffentlicht doch ein einziges Mal eine Übersicht, zu welchen Preise Ihr das Siedlungsland erworben habt, und zu welchem Preise Ihr es uns, den Siedlern, hinterher anrechnet. Noch nie habt Ihr das getan, solange Ihr besteht. — Treibt Ihr es mit mir zum Äußersten, dann tue ich es, und sage auch, was Euere Direktoren, Aufsichtsräte und dergleichen „Notwendigkeiten“ für hohe Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Spesen und dergl. Unfug nehmen und was sie dafür tun: nichts an wertschaffender Arbeit fürs Volk, sondern das wirkliche Siedeln, das Siedeln in deutschem Recht verhindern und zerstören, und damit helfen, das ganze deutsche Volk zu zerstören. Meine 6000 Mark habt Ihr jetzt, und ich hungere.“

Solch einen respektlosen Brief schrieb der freche Mensch, und das Unglück ist dabei: er hat leider, leider die Wahrheit darin geschrieben. Darum sage ich nochmals: Vorsicht, Vorsicht, bei der Auswahl der Siedler. — Es ist nicht genug, daß wir auf Geld der Siedler sehen, — daß wir das kriegen, — sie müssen auch Zinsen zahlen, und vor allen Dingen, es darf niemals herauskommen, wie und zu welchem Preise wir von den gemeinnützigen staatlichen Siedlungsgesellschaften das Siedlungsland kriegen, und wie wir es den Siedlern hinterher anrechnen. Wenn es dann zwar auch noch nicht zu Ende ist mit unserer schönen Einnahme aus der Gemeinnützigkeit, — dafür sind wir ja der Staat, und haben die Macht, — aber diese Macht wird täglich brüchiger, und das blöge, betrogene und mit tausend Gerissenheiten ausgeplünderte Volk kennt eines Tages keine Furcht und keine Achtung und keine Rücksicht mehr und dann — das andere zu sagen, verbieten die Not-Verordnungen.

Im Heilgrund zu Kleinenberg bei Scherfede/Westfalen.
Heinrich Dollé.

Das ist der Gipfel!

Das „Fränk. Volksblatt“ wagt es, Brünings Hungernotverordnung noch zu verteidigen!

Auch dem unentwertesten Mitläufer der Politik Brünings ist der schlotternde Schreck in die Glieder gefahren, als sich in dem Notverordnungswerk der Regierung Brünings die krauste sozialreaktionäre Politik enthüllte, die sich überhaupt nur denken läßt. Durch totale Verletzung höchster deutscher Volkswesen soll die „Rettung des Staates“ besorgt werden. Die Massen der Arbeiter, kleinen Beamten, Kriegsoffiziere, Kläder etc., müssen dran glauben.

Da wagt es der Chefredakteur des „Fränk. Volksblatt“, diese Notverordnungen noch zu verteidigen, wie er das in Nr. 124 vom 16. Juni tut. Er meint, es habe noch niemand ein anderes Mittel vorgeschlagen, die deutsche Finanznot zu beheben! Lebt der Mann auf dem Monde, oder will man die Leser abspatul, bis zum letzten Zusammenbruch, mit der blauen Britze versehen? Es hat niemand andere Mittel vorgeschlagen? Seit Jahren verlangt das Volk ganz konkret, wo vorgegangen werden muß. Gibt es keine anderen Mittel? Hier nur einige:

Alle Gehälter über 1000 Mk. im Monat und alle Pensionen über 500 Mk. im Monat werden abgeschafft.
Alle Einnahmen über 12 000 Mk. im Jahre von Einzelpersonen werden wegversteuert! Von allen Vermögen über 100 000 Mk. wird eine 20%ige Vermögenssteuer erhoben.

Von den Dividenden der Aktiengesellschaften und von den Tantiemen der Aufsichtsräte werden 20% höhere Steuern herabgeholt.

Die Banken werden verstaatlicht und die Bankettlagen werden zur Inbetriebsetzung der Wirtschaft verwendet.

Am Reichsrat werden 2 Milliarden bei den einzelnen Ressorts gestrichelt; Wehrstat, Auswärtiges, Verkehrsministerium Milliardensubventionen für die Großgrundbesitzer!

Sollen wir fortführen, „Fränk. Volksblatt“?

Warum vertritt Du keine solche Forderung?

Warum schreit die BVP-Presse nichts gegen die Banken?

Drei Bankdirektoren in Bayern finanzieren die Wahlen der BVP! Das erklärt alles! 70% des „Wirtschaftskabnetts“ der BVP sind Großkapitalisten und zudem Liberale in ihrer Weltanschauung. Das erklärt vieles.

Arbeiter, Bauern, kleine Beamte, Angestellte, Kriegsoffiziere, Arbeitslose, die Ihr durch die Brüningsche Notverordnung ins letzte Elend gestürzt werdet: Wehrt Euch! Vor allem: Besitzt doch keine Zeitungen, die die Mittelschicht an diesen Notverordnungen tragen, keine Zeitungen, welche die Regierung Brünings verteidigen. Hinaus mit jeder Zeitung, die für diese Notverordnungen eintritt, oder sie zu beschönigen sucht! Das hilft! Auf diesen Artikel hin muß das „Fränk. Volksblatt“ ein paar Tausend Abbestellungen bekommen. Nur die Selbsthilfe des Volkes hilft! Wenn sie Notverordnungen bejubeln, die Euch den Hungergürtel enger schnallen, dann gebt ihnen für ihre Blätter keinen Pfennig, damit auch sie einmal in Not kommen. Hängt ihnen den Brotkorb höher — dann werden sie unschädlich!

Umsatzsteuererhöhung kommt auch noch!

Stegerwald plaudert es aus.

Die „Kölnische Zeitung“ hat dieser Tage in einem Artikel eine „neue Notverordnung“ verlangt. Man ist zwar in der Schwerindustrie mit den neuen Brüningsdiktat sehr zufrieden, jedoch wünscht man einige Änderungen. So forderte die „Kölnische Zeitung“ stellvertretend die Erhöhung der Umsatzsteuer. In einem Interview hat nun Herr Stegerwald darauf geantwortet. Er sagt, daß „die Umsatzsteuer reserviert bleibe für den Fall, daß Komplikationen in der Reparationsfrage einsetzten, oder aber die Hauszinssteuer weiterhin katastrophal zusammenschrumfen sollte“. Mit anderen Worten: Die Erhöhung der Umsatzsteuer kommt auch noch, denn es ist jetzt schon klar, daß die neue Notverordnung, trotz der ungeheuerlichen Massenausplünderung, nicht einmal ausreichen wird, um das Defizit der Reichsfinanzen zu decken. Die Steuererhöhungen werden weiter zurückgehen, weil das Volk einfach nicht mehr Steuern zahlen kann. Eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer wird eine neue Preissteigerung für alle Waren zur Folge haben. Man glaubt ein Loch zu stopfen und man reißt ein neues auf. Die ganze Politik Brünings ist ein ausgewogener Ring. Die Opfer dieser Quacksalberei sind wir. Deshalb ist es wohl an der Zeit, daß diese Opfer sich rühren und ihre „Retter“ zum Teufel jagen.

Du solltest Opfer sein? ...

Aus den Tagebüchern eines jungen Menschen.

Von Wolf Bernau.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die Heimat schwieg. Von einer Woche zur andern, von Tag zu Tag wartete Frühwald auf Antwort. —

„Willi“, fragte er eines Tages beim Schachspiel seinen Kameraden, „hat man schon mal Briefe an dich zurückgeschickt?“

„Was soll die blöde Frage?“ erwiderte Fock, während er grinsend einen Turm kaperte, „woher soll ich das wissen; so viel mir bekannt ist, hab ich noch alle Post bekommen. Hast du vielleicht einen Verlaßt?“

„Hab nur so gefragt; man hat oft blöde Gedanken im Schädel; mußt weiter nichts drum geben; weißt selbst, daß ich spinn, seit langem!“

„Wenn du schon davon anfängst, glaub nur, Jörg, damals auf dem Spaziergange meinst ich nur das Allgäu! Daß du's so furchtbar schwer nehmen würdest, konnt' ich nicht wissen! Still, red nicht davon, ich berühe das heikle Thema nicht weiter!“

„Willi, beruhige dich, ich bin dir dankbar, von Herzen; du hast mich mit paar ehelichen Worten weiser gebracht, als alle frommen Sprüche, die mir 'nen Dreck gebolten haben! Zwar wie's am Ende besser gewesen, ihr häßlich in die Wasser gelassen, ich hätt' meine Ruhe!“ Hastig stand er auf, schob die Schachfiguren zur Seite, „as Vater zur Andacht, komm, laß dich nicht anstecken von solchen Quengeln, die mir mein Freund Ludemar jeden Tag aufs Kriegsbrot streicht!“

Kopfschüttelnd blickte Fock seinem Mitschüler nach, der sich müde, schwerfällig durch den Klostergang schleppte. —

Jörg wußte bestimmt, die Nachricht von Husingen war da; der Pfarrer hatte ihm verraten, daß ein Brief an ihn mit der Sonntagspost gekommen sei. Weshalb wurde er ihm nicht ausgehändigt? Wußte der Quardian, der Präfekt nicht, welche Qualen er ausstund; hatten sie kein Mitleid, fühlten sie nicht, welche Not ihn quälte? — Gut konnte die Antwort nicht sein, sonst hätt' er sie in den Händen, schon lange! Es war bereits Dienstag! Das Schlimmste war's, das Böde! — Lieber aber Klarheit, als dieses entsetzliche Hängen zwischen Hoffen und Verzweiflung! — Ach Gott, dabei wäre eine Lösung so leicht zu finden! Tante Loue in Koblenz hatte sich bereit erklärt, Jörg bei sich aufzunehmen. Dort konnte er 's Gymnasium besuchen; war frei, durfte in Ruhe und Frieden studieren! Eine einzige

Bedingung war damit verknüpft: Jörg mußte die Einwilligung der Eltern haben. Die Tante wollte keine Zwietracht zwischen den Familien bringen, nicht in den Verdacht geraten, den Neffen beeinflusst zu haben. Auch war's ihr bei ihrer karglichen Unterstützung nicht möglich, Jörg finanziell beizustehen. Über diesen Punkt machte sich Frühwald keine Sorgen; er hoffte, durch Stundenlohn so viel verdienen zu können, daß es für Schulgeld und Bücher gerade ausreichte! —

Frühwald schritt durch den Klostergarten. Der Blütenduft ringsum, das frische Grün der Berge, das frohe Lachen der Menschen jenseits der Gartenmauer wollte ihn vergessen lassen, daß er ruhelos, freudlos war trotz Lenzenluft und Blütenpracht. —

Lang knarrte die Tür, die vom Kreuzgange zum Garten führte. Der Quardian winkte den Zögling heran, überreichte ihm mit einer Miene den entscheidenden Brief: „Lies ihn in aller Ruhe; wenn du mich brauchst, ich bin auf der Zelle!“ —

Den Brief in der stieren Hand blickte Jörg regungslos seinem Vorgesetzten nach. Wieder knarrte die Tür. Müde schleppte sich der Zögling auf eine Bank. Eine eiskalte Hand griff nach dem Herzen; in den Schläfen hämmerte rasend der Puls. —

Die Mutter schrieb:

Eine Überschrift kann ich mir sparen, hast mir die Arbeit abgenommen, du trauriger Mensch! Konntest nicht abwarten, bis du Antwort hättest, mußtst eben zweiten, noch frecheren Brief schicken? Fein ausgesponnen hast du's mit den sauberen Verwands! Nach Koblenz willst? Bist sehr selbständig worden, undankbares, miserables Geschöpf! Renn aus fort in dein Unglück, hast nichts anderes verdient. Kein Wort mehr will ich von dir hören. Lieber kein Kind als dich, du müßtesten Kerl! Komm uns nicht mehr unter die Augen; geh, wohin deine Frechheit dich treibt; mit uns bist du fertig, für alle Mal! Keinen Pfennig hast zu erwarten. Deine schöne Tante soll dich grüßelien, lauf nur hin, wirst sehen, wie weit du kommst! Keine Zeile brauchst mehr zu schreiben, du erbärmlicher Tropf. Jeden Brief werf ich ungelesen ins Feuer. Du willst nicht, das ist alles! Steck dich nicht hinter den Vater. Mir einem Strick treibst er dich aus'm Haus, du ungeratenes, gottloses Geschöpf! — Das ist meine Antwort.
Renate Frühwald.

15. Kapitel.

Frühwald suchte keine Hilfe beim Beichvater, tief nicht den Freund. Was ging andere Menschen sein Leid an, was konnten die ihn helfen. Jetzt galt es, zu handeln, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Er war dazu entschlossen, sei der ungeliebte Brief in seinen Händen war. Wohl ließ der Gedanke an die Eltern, an

ihre verdammenden Worte sein Blut gefrieren; der Verlust der Elternliebe sein Innerstes zerrissen; zugleich aber erwachte aus dieser Verzweiflung eine starke Kraft; er schwur sich in jener Stunde, den Eltern zu beweisen, auch ohne Kloster, ohne Orden ein tüchtiger Mensch zu werden, gleich wert wie die Geschwister im Kloster, im Ordensgewande. — Unausgabar schwere Hindernisse lagen zwischen dem Ziele, versperrten jede Aussicht, Erreichen mußte er es, auch ohne Hilfe, ohne Segen derer, die von Natur ihm am nächsten stehen sollten. Aber, hatte er sich nicht schon immer einsam, trostlos einsam fühlen müssen? Wer hatte ihm je die rettende Hand gereicht an gefährlichen Abgründen?

In wenigen Worten teilte Frühwald dem Quardian seine Absichten für die nächsten Tage mit. Der Beichvater rief, es noch einmal mit einem Briefe oder gar mit einem Besuch bei den Eltern zu versuchen.

Jörg konnte seine Mutter, ihre schriftliche Antwort sagte deutlich genug, welcher Art ihre Gesinnung war. Vom Elternhaus kam keine Hilfe mehr. Seiner Mutter Liebe hatte sich in Haß verwandelt, war verscherzt für immer. Die Wunde brannte schmerzlich in des Kindes Seele.

Jörg konnte seiner Mutter nicht grollen; sie war ganz in der Anschauung gefangen, daß ihr Sohn sich des größtlichen Ungehorsams schuldig gemacht hatte. Er ahnte die grenzenlose Enttäuschung, die er seiner Mutter innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Male bereitzte. Ein Kind im Ordensstande, ein Sohn als Priester bedeuten für die Eltern reichlichste Quelle des Trostes. Sie konnten einst beruhigt dem Tode ins Auge blicken. Der gestrenge Richter im Jenseits ließ Milde walten, Gnade fließen, wenn der Vater, die Mutter auf den Sohn weisen konnten, der im Dienste des Höchsten stand, dem Herrn geweiht war von Jugend auf. — Er, der erbitterte Schwächling in ihren Augen, hatte alle Hoffnung seiner Mutter, das Unterpfand des Himmels zerschlagen, tannte blindlings, vermessen in Sünde und Verderben. Solchen Lindank konnte die Mutter nicht vergeben. Sie hatte ihm das Recht entzogen, sich ihr Kind zu nennen.

Um nicht aus Ekel vor sich selbst zugrunde gehen zu müssen, bezahlte Frühwald den Preis der Elternliebe, des Vaterhauses. —

Durch Blütenduft, durch Sonnenglanz fuhr der Mittagssonne Koblenz zu. Der frohe Lärm der Kinderspielen drang durch die weitgeöffneten Fenster der Abteile. Zur Rechten lockte und glitzerte das Wellenspiel des Rheins. Dörfer und Städtchen erstrahlen im Weiß und Rosa der Lenzenblüten.

Drüben glitt Braubach vorüber. Frühwald blickte zur Markburg empor, sah nicht die heimeligen, alten Häuser und Gäßchen. Sein Blick lag auf den gewaltigen Kaminen, die aus dem Berge herauf

Gewerkschaft und Arbeiter.

Was ist es noch mit den christlichen Gewerkschaften?

Der Artikel ist ein Schulbeispiel für die geistige Verfassung eines intelligenten Arbeiters in der christl. Gewerkschaftsbewegung, der den ethischen Versuch macht, die Widersprüche innerhalb dieser Bewegung zu lösen, und derselben eine andere Zielrichtung zu geben. Solcher Arbeiter gibt es heute viele. Um hier Klarheit zu schaffen und eine zweckentsprechende Stellungnahme zu ermöglichen, ist es notwendig, sich einmal grundsätzlich mit der Gewerkschaftsbewegung überhaupt und mit den christlichen Gewerkschaften insbesondere auseinander zu setzen.

Die geistigen Gründer der freien Gewerkschaften standen als Sozialisten auf dem Boden des Klassenkampfes und erstrebten als Endziel den klassenlosen sozialen Staat. Die gewerkschaftliche Bestrebung: „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ sollte deshalb auch nicht Haupt- und Endzweck dieser Bewegung sein, sondern die Zusammenfassung und Revolutionierung der arbeitenden Massen in den Gewerkschaften sollte den Sturz der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend beeinflussen. Ein grundsätzlicher Fehler der Führung war es, daß man den Unternehmer ganz allgemein als Kapitalisten ansprach und die Ausbeutung der Arbeiterschaft nur an der Produktionsstelle sah. Eine gründliche Kenntnis der Bodenfrage und des Wohnungsproblems hätte unbedingt in dieser Beziehung Wandel geschaffen und die schlimmsten Quellen der Ausbeutung aufgedeckt. Eine Menge einseitiger Kämpfe mit gewaltigen Opfern wäre der Arbeiterschaft erspart geblieben, wenn Ursache und Wirkung in der kapitalistischen Wirtschaft klar erkannt worden wären. Mit der Zeit wandelten sich die freien Gewerkschaften immer mehr zu revolutionären Kampfgruppen in revolutionäre Versicherungsgesellschaften, die, um mit Tarnow zu reden, schon im kapitalistischen System Glück und Wohlhabenheit erreichen zu können, für durchaus möglich halten. Mit dieser Wandlung erfolgte eine Angleichung an die Ideen, die für die Gründung der christlichen Gewerkschaften hatten die Gefahr, die aus der Kampfstellung der revolutionären freien Gewerkschaften dem kapitalistischen System erwuchs, klar erkannt und setzten deshalb die ersten als Gegenspieler ein. Nicht das System an und für sich, sondern nur die Auswüchse desselben sollen bekämpft und dadurch innerhalb dieses Systems, das als im Grunde genommen als gut hingestellt wurde, eine weitgehende Verbesserung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft angestrebt werden. Untersuchen wir nun, ob diese Zielsetzung irgendeine Aussicht auf Erfolg hat.

Das ganze kapitalistische System dreht sich um die Kapitalrente, ganz gleich, ob das Kapital aus Geld, Grund und Boden, oder Produktionsmitteln besteht. Mit andern Worten, die kapitalistische Wirtschaft funktioniert nur, wenn die Rentabilität des investierten Kapitals gewährleistet ist. Im selben Augenblick, wo diese Rentabilität in Frage gestellt ist, tritt zwangsläufig ein Krisenzustand auf. Um diese Säure richtig zu verstehen, ist es unbedingt notwendig, sich etwas eingehender mit der Grundlage des Systems zu befassen. Der Grund und Boden, der nach natürlicher und erst recht nach christlicher Auffassung für alle Menschen erschaffen ist, und dessen Ertragsnisse ebenso naturrechtlich und christlich-logisch allen Menschen, insbesondere aber dem schaffenden Menschen zu Nutz und Frommen dienen sollte, hat im kapitalistischen Staat durch ein sogenanntes Bodenrecht Kapital, d. i. Ausbeutungseigenschaft bekommen. Der Grund und Boden wird, wie jede andere Ware auch, gehandelt und der Preis desselben bestimmt nach Angebot und Nachfrage. Je größer die Bevölkerungsdichte, je höher der Bodenpreis, je mehr Menschenmassen sich in Städten und Industriezentren zusammenballen, desto besser das Geschäft in Grundstückspekulationen, desto höher die Grundstückspreise und zwangsläufig natürlich auch die Mieten. Wie sich das praktisch auswirkt, dafür hier zwei kurze Beispiele. Vor ca. 40 Jahren kostete ein Einfamilienhaus mit 7 Zimmern in einer mittleren Stadt des Rheinlandes 6000 Mark. Der Mietpreis betrug 300 Mk. jährlich. 1927 kaufte eine Siedlungskameradschaft in einer großen Industriegemeinde Grundstücke auf,

die ebenfalls 7 Zimmerhäuser errichten ließ. Der Durchschnittspreis des Grundstücks betrug 4500 Mk. und wurde bei einem Zinssatz von 6% für eine Reihe von Jahren gesummt. Allein die Bodenrente für dieses Haus beträgt demnach 270 Mark im Jahre. Die 3-Zimmerwohnung kostet in diesem Hause 600 Mk. im Jahre. Vonwegen der Rentabilität des investierten Kapitals.

In der Lüneburger Heide wurden vor Jahren auf wertlosem Grund und Boden reichhaltige Petroleumquellen erbohrt. Sofort setzte die Spekulation ein und schließlich erwarb eine Gesellschaft, die das Petroleum ausbeuten wollte, den vorher wertlosen Grund und Boden zu einem Preis, der selbst die sonst etwas gewohnte „Deutsche Handelszeitung“ zu der Äußerung veranlaßte: „daß bei diesem horrenden Preis die Rentabilität des Unternehmens in Frage gestellt sei“. Das heißt auf gut Deutsch: Nur bei niedrigsten Löhnen und längster Arbeitszeit ist eine Konkurrenz der gewonnenen Produkte mit den Auslandsprodukten möglich. Die Konkurrenz der Agrarprodukte des stark übersteuerten deutschen Grund und Bodens ist praktisch ausgeschlossen; hohe Schutzzölle müssen hier die Rentabilität sicherstellen.

Einen ähnlichen preistreibenden Kapitalcharakter hat das Geld. Das Geld als reines Warenaustauschmittel wirkt zweifellos kulturfördernd. Seine Basierung auf Gold gab ihm aber eine Überlegenheit gegenüber der Ware. Die größere Wertbeständigkeit des goldgedeckten Geldes brachte den Warenbesitzer in immer größere Abhängigkeit des Geldbesitzers. Dasselbe Geld, das ursprünglich nur als Warenaustausch, d. i. Warentransportmittel, gedacht war, blickte sich in seiner heutigen Form nur dann an, wenn der dem Geldmarkt entsprechende Gewinn, genannt Zins, gewährleistet ist. Daß nebenbei auch bei der Geldanlage auf unbedingte Sicherheit Bedacht genommen wird, ist selbstverständlich. Durch die Überlegenheit des Geldes und der daraus gegebenen Möglichkeit des arbeitslosen Gewinnes gerieten mit der Zeit sämtliche Waren, auch Produktionsmittel, Zechen, Grund und Boden in ein Hörigkeitsverhältnis zum Geldbesitzer. Es ist also kein Zufall, wenn heute der oder die Geldbesitzer (Banken und Börse) die ganze industrielle und landwirtschaftliche Produktion maßgebend nach kapitalistischen Grundregeln beeinflussen. Das Geld, der Kapitalertrag, steht im Mittelpunkt der Wirtschaft. Die Kapitalrente ist Dreh- und Angelpunkt des Geschehens und zwar nicht allein in wirtschaftlicher, sondern durch den dominierenden Einfluß des Geldes auch in politischer und geistig-ethischer Beziehung. Nur so ist heute z. B. die Stellungnahme führender christlicher Kreise beider Konfessionen überhaupt noch zu verstehen. Alle diejenigen, die heute die Forderung aufstellen „Der Mensch muß im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen“, ohne aber dem System, das diese Wirtschaft auf den Kapitalertrag festgelegt hat, zu Leibe gehen zu wollen, beweisen, daß sie sich entweder niemals ernsthaft mit dem bestehenden System geistig auseinandergesetzt haben oder aber große Demagogen sind. In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Masse Mensch „Objekt“, weiter nichts; sie kann und darf nur vom Gesichtswinkel gewinnstreberischer Interessenpolitik gewertet werden. Je mehr der kapitalistische Wirtschaftsprozess fortschreitet, je mehr Kapitalien, deren Bildung heute nach Stegerwald bei den Kreisen von 20 000 Mark Einkommen und darüber durch Steuerverchonung gefördert werden muß, in der Wirtschaft investiert werden, desto größer wird naturgemäß der Kapitalertrag. Da der Kapitalertrag auf Kosten des Arbeitsertrags geht, d. h. Diebstahl an der Arbeit ist, muß doch ganz naturgemäß der Arbeitsertrag zurückgehen. Das Gegenteil, Hebung des Arbeitsertrags durch gewerkschaftliche Maßnahmen innerhalb der kapitalistisch orientierten Wirtschaft erreichen zu wollen, gleich dem Versuch, Wasser den Berg hinaufzuführen zu lassen. Man lasse sich doch nicht durch Scheinerrungenschaften beeinflussen. Gewiß, die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Aber die Intensität der Arbeit stieg. Die 11 stündige Arbeitszeit vor 30 Jahren entzog den Menschen stark der Familie, der Erholung, dem geistigen Leben. Ob aber die nervenzerrüttende, direkt geistig abempfindende

Die organisierte Schutztruppe der Hochfinanz.

Arbeiter, Bauern, hier steht der Feind!

Das muß man sich merken und darf es niemals vergessen. Am Montag, den 8. Juni fand im großen Saal des Münchener Hackerbrückellers eine Kundgebung der Nazis statt, in der Hauptmann Goering, der bekanntlich vor einiger Zeit im Vatikan vorgesprochen hat, das Hauptreferat hielt. Nach dem Wortlaut des „Völkischen Beobachters“ vom 10. Juni (Nr. 161) führte Goering in seiner Rede folgendes wörtlich aus:

„Wenn Euch Geldsäcke nicht einmal die Kommune an die Latztae hängt, könnt Ihr uns danken! Wir schützen Euch nicht gerne, aber wir tun es, weil wir Respekt vor deutschem Blut haben, auch wenn es in verlausten Adern rinnt.“

Ein unbezahlbares Eingeständnis fürwahr. Hier sagt ein prominenter Führer der Nazis, die rechte Hand Hitlers, den deutschen Arbeitern selbst, was wir immer wieder behaupten, daß die Nazis die Schutztruppe der Geldsäcke sind. Mit der Begründung — um mit den Worten Goerings zu reden — daß die Nazis Respekt vor deutschem Blut haben, auch wenn es in den verlausten Adern (!) der Geldsäcke fließt. Aber, wie sieht es mit diesem Respekt aus, wenn das Blut in proletarischen Adern fließt? Wenige Zeilen später führte nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ Goering weiter aus:

„Nur 24 Stunden gebt uns die Notwehr als Recht, und wir würden Schluß mit dieser Mordhetze ein für allemal machen, ohne daß wir eine Polizei brauchen.“ (Donnernder Beifall.)

Das ist deutlich. Schutz den Geldsäcken vor den um ihre soziale und nationale Freiheit kämpfenden Volksmassen. Schutz denen, die das deutsche Proletariat, den Mittelstand und das Kleinbaurntum ruinieren, aber Mord, Totschlag und Terror gegen die Arbeiterschaft. Das war bisher schon die Praxis der Nazis, sie soll nach den Worten Goerings zweifellos verstärkt fortgesetzt werden. Und die Geldsäcke werden dafür in klingender Münze zahlen.

moderne Produktionsweise und die aus ihr folgernde Existenzunsicherheit als ein Fortschritt angesprochen werden kann, darf stark bezweifelt werden. Denn die Sozialgesetzgebung, die ethisch gesagt gar keine Errungenschaft der reformistischen Gewerkschaftsbewegung ist, sondern einmal als Folge der veränderten Wirtschaftsstruktur (Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion), dann aber vor allen Dingen als Angsausfluß vor der radikalen, antikapitalistischen, sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspropaganda anzusprechen ist. Sie stellt doch heute nichts anderes als eine Rationierung der Armut dar. Weil der Arbeiter mit seiner Familie aus der Hand in den Mund lebt, sogar kärglich lebt, weil er in der übergroßen Mehrheit zu den Entbehrern gehört, die keinerlei Besitz ihr eigen nennen, mußte schon aus staatspolitischen Klugheitsrücksichten irgendetwas in dieser Richtung gemacht werden. Das war umso notwendiger, als durch die Entwicklung der Kontakt zwischen Unternehmer und Arbeiter, und damit auch das Verantwortungsgefühl des ersteren gegenüber den letzteren immer mehr sich lockerte. Auch hier stehen, im Vergleich zum vorigen Zustand, gewisse Vorteile gewissen Nachteilen gegenüber. Grundlegende Verbesserungen des Gesamtzustandes sind kaum zu beweisen. Das Gleiche gilt bezüglich des Lohnes. Die nominelle Lohnhöhe ist gestiegen, zweifellos. Die sinkende Kaufkraft des Geldes, Steuern, Zölle usw. beeinträchtigen den realen Wert dieses Lohnes so, daß gerade auf diesem Gebiet nicht ein Fortschritt, sondern ein großer Rückschritt gegenüber der Zeit, die eine Reihe von Jahren vor dem Kriege zurückliegt, bedeutet. Jedenfalls gibt es einen erheblichen Teil älterer und nachdenklicher Kollegen, die ohne lange Überlegung die Verhältnisse von vor 30 Jahren mit den heutigen Verhältnissen einzutauschen bereit wären. Wenn man berücksichtigt, daß gerade bei den geistig regsamsten gelerntem Farbarbeitern

zuwachen schienen. Dort, tief in der Erde zu schaffen, bis man schließlich am Abend auf sein Lager kroch; schlafen und wieder keuchend zu Fronarbeit zurückkehren müssen, das wäre Erlösung gewesen, hätte alle irdischen Gedanken verjagt. — Frühwält wußte genau, was diese Fahrt durch Lenzgrün bedeutete. Es war der einzige Weg, der offen stand zu einer glücklichen Lösung. „Gib's überhaupt noch einen Weg für mich?“ fragte er mit steigender Angst, während er voller Unruhe die Minuten zählte, die ihn von Koblenz trennten...

Jörg bog am Kaiser-Wilhelm-Ring in die Rheinanlagen ab. Eine behindernde Schwäche in den Knien kroch heran. Die herrlichen Anlagen im Schmucke der Frühlingstage, das bunte Treiben um die Schiffsbrücke, am Deutschen Eck beachtete er nicht. Ein dumpfes Toben und Brausen hämmerte im Kopfe.

Lene Frühwält eilte trotz ihres Alters rasch die Treppe hinunter. Ihr Neffe lehnte mit weitaufgerissenen Augen an der Glasüre, vermochte nicht die Stufen hinaufzusteigen, die zur Wohnung der Tante führten, starrte regungslos auf eine Stufe. Frau Frühwält hob einen Brief auf.

„Von der Mutter!“, schrie Jörg. Wortlos führte ihn die Tante in die Wohnung, ließ ihn auf dem roten Plüschsofa im guten Zimmer Platz nehmen, räumte die Nippessachen vom Tische, legte eine weiße Decke auf.

„Junge!“ begann sie freundlich, während die dunkeln Augen besorgt auf dem verärrerten Gesichte des Neffen ruhten, „wie kommst du so plötzlich zu mir runter? Kurz nach Mittag überfüllt du einen! — Jung, fehlt dir was, bist du verärrert, so blaß! Hast nicht zu Mittag gegessen, gelle? Will dir was aufwärmen, muß eben mit unserer Kriegskost fütlich nehmen!“

„Laß uns, Tante! Mach die keine Arbeit, sag mir lieber, was im Briefe steht, hast ihn aus Verivok gelegt!“

„Ach ja, den hast' ich schon vergessen. Warr' mal, muß erst die Brille holen. So ne Olla, weißt'...“

„Darf ich ihn vorlesen?“

„Hör' recht, Jung, tu das! Kann Geschriebens doch nicht mehr recht sehen. Wird nichts Besonderes drinstecken, gelle!“ —

„Sehen lehrte die besorgte Frau mit frischem Kaffee aus der Küche zurück.“

„Da, trink' erst mal, hab' paar gute Bohnen mügemahlen, Gress war nämlich leichtsinnig zu meinem Geburtstag!“

Der ausgestreckte Arm fiel jählings herab, der Beiflugbogen gähnend zur Erde. Frühwält letzte Hoffnung war zerflattert. Schon die ersten Zeilen hatten ihm die furchtbare Wahrheit enthüllt. Er hürte nicht auf die Trostworte der alten Frau, sein Gesicht wühlte in wilden Sätzen tief in den Kisseln des Sockel.

Lene Frühwält hob den Brief auf, ging leise zur Küche. Die verzweifelten Schreie des Jungen schnitten ihr ins Herz. Draußen hörte man rasche Schritte. Mit frohem Summen trat Gress Frühwält ins Wohnzimmer. Erstaunt legte sie den prall gefüllten Rucksack ab, eilte zum Sofa.

„Du bist's, Jörg? Was fehlt dir, was hast du? Siehst ja schauderhaft aus. Hast dich gezankt im Kloster? Du, das ist fein, daß du gleich den Weg zu uns nimmst! — Nu komm, erzähl doch, wo's hapert; dann wird's gleich leichter. — Du, nachher gib's Bratkarstöffeln; ff, laß Beguck dir den dicken Sack dort! Sowaß muß ich machen, bin der richtige Kerl dafür!“

Gress Frühwält strich sich die schwarzen Locken aus der Stirn, ihre braunen Augen blitzten unternehmungslustig. Sie setzte sich neben Jörg. Der hatte sich aufgerichtet, blickte an ihr vorbei, ohne Hoffnung, ohne Freude. Gress schüttelte ihn ganz gehörig: „Nu sprich aber endlich. Wo ist Mama, habt ihr beide euch denn gezankt? Macht ja ein mordskammerliches Gesicht! — Wärrt mir durch den Morgen gewandert, nach Gült. Jung, alle dummen Gedanken wärrn weg! Bleibst länger da? — Du, dann gehen wir zusammen nach Winnigen, hab' paar Tage feil, fein, was hast Lust?“

Frühwält schüttelte stumm den Kopf, fand keine Antwort, blickte dem frohen Menschenkinde nach, das ihm lachend zurücklief, als es mit seinem Hamstersack zu Küche ging.

Einmal tickte die Wanduhr im Wohnzimmer. Jörg erhob sich, wollte zur Türe. Da kehrte die Tante zurück, rutschte mit der Schürze den Tränen zu wehren, die ihr unaufhörlich über die Wangen rillten: „Bleib doch, Jung“, sagte sie hinend, „fortlaufen darfst mir nicht, müssen uns in Ruhe ausreden. Schau, du mußt einsehen, nach diesem Brief kann ich nichts für dich tun. Weiß garnicht, wie deine Mutter dazu kommt, mir solche Grobheiten zu sagen. — Bub, hab' ich dich beeinflusst, hab' ich gesagt, du sollst raus aus dem Kloster? — Wie ist' deine Mutter toben, wollt ich dich hier aufnehmen. Die läßt dich mit der Polizei zurückholen!“

Mit einem Ruck wandte sich Frühwält zur Türe. Hohl, gebrochen klang seine Stimme: „Sieholt mich nicht, Tante. Ich hab' keine Mutter mehr! Nun muß ich gehen, mir kann niemand mehr helfen.“

Keine Nitzen hielten ihn, alle Worte seiner Tante wärrn nichts. Der sonnige Lenztag war plötzlich verödet. Schwere Wolken hingen über der Stadt. Ein rauher Wind fegte um die Straßenecken. Regentropfen, mit klirrendem Grapseln verglueht, schlugen den Fußgänger ins Gesicht.

Friedend, mit hungrigem Magen stolperte Frühwält durch die Stadt, achtete nicht auf Wind, auf Unwetter, sah nicht den geschäftigen Betrieb der städtischen Gassen. Da und dort besonnen ein

Fassant vom westlichen Himmel, mit sich rücksichtslos vorbeischoß. Schon klang die richtige Aprilwetter an die Dächer. Wild schrie die Glocke der Elektrischen. Der junge Mann zwischen den Schienen in der durchkästigten Pelzlinie schien tsaub zu sein.

Frühwält betrat nicht die Schiffsbrücke. Was kümmerte ihn der Zug, der in Ehrenbreitstein dampfte! Unten am Rheine, auf einer Bank der Augustsanlagen saß Jörg, durchweicht von Regenschauern, von Kälte geschüttelt, von Verzweiflung zerissen.

Es rollten die Wellen ihren Gischt heran. Es lockte der Rhein; die schäumenden Wellen schünten Sprühregen keck ins Gesicht.

Aus war alles, zerachlagen sein Glück. In Scherben lag die Zukunft, zu Ende sein Traum! Fort von den Menschen, weg aus ihrer Nähe. Laufen, rennen in schweigende Nacht! —

Frühwält starrte in die tobenden Fluten. Kälte, Grauen umkrampften sein Herz. „Nun fährst du zurück, bleibst weiter im Kloster, verkommt, verdirbt. Das ist dein Schicksal. Mönch wirst, ob glücklich, was kümmert's die Welt! — Nein, niemals, mich ketten an Klostergemäuer, das sollen sie nicht! — Hab, rang du nur fort! Wer will, wer braucht dich, bettelarmer Wich? — Dir hilft kein Heergott, dich rettet kein Himmel! — Wohin soll ich kriechen, tragen mein Leid? — Sie lachen, spotten, sie höhnen, zeigen auf mich! Dort läuft der Nichtsnutz, der Schandleck der Eltern; recht täten sie, ihm das Haus zu verbrennen; bringt die Mutter noch unter die Erde mit seinem Ungehorsam!“

Wie kam's, daß Frühwält auf der Paffendorfer Brücke stand? Am Geländer, hoch über den tobenden Wassern des Rheines, lebnete er. Regen prasselte nieder, wild heulte der Wind. Verunken lag die Stadt, ertrunken im Grau des Unwetters.

Ums Geländer krallten sich die frierenden Finger. „Dort unten ist Freiheit, Frieden, Ruhe. Was sauderst du?“

Es lockten die tosenden Wasser des Rheins. „Sonst bleibt nichts übrig, es gibt keine Wahl! — Zu Ende mein junges Leben, muß es schon sein? — Nicht jamern, unten ist Friede, wird Ruhe werden. —

Schon wollten sich die Finger lockern vom Gestänge; bereits schlossen sich die Augen vor der gähnenden Tiefe. —

Ich riß ihn eine Erkenntnis zurück: „Wenn du dies raus, dein Leben fortwirfst, dann hat die Morder recht mit ihren Anklagen! Dann darfst sie behaupten: er sagte nichts, glaube nichts, sonst nür er nicht diese gräßliche Sünde, Selbstmord begangen!“

Mit wimmerndem Aufschrei sank Frühwält nieder, hart am Rande der Brücke. Er durfte nicht sterben, mußte weirschleppen sein elendes Leben, das ganze, tröstlose Schicksal.

Ohne Erbarmen härr man den Stab über ihn gebrochen.

44-120000 folgt

Dieser Teil zweifellos überwiegt, wenn man weiter bedenkt, daß vor 30 Jahren ein nennenswerter gewerkschaftlicher Einfluß überhaupt noch nicht vorhanden war, so ist damit der gewerkschaftlichen Tätigkeit mit reformistischen Methoden ein vernichtendes Urteil gesprochen. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß alle die Kreise der Arbeiterschaft, die ihre „Aufklärung“ nur aus Gewerkschafts- und Literatur schöpften, sich nicht ohne weiteres in die hier gebrachten Ideengänge hineinfinden können. Es ist aber notwendig, daß wir der Wahrheit klar ins Auge sehen, und diese Wahrheit heißt, alle und jede gewerkschaftliche Arbeit mit den bisherigen Methoden, auch dem Streik, ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zur Erfolglosigkeit verurteilt. Warum? Weil der Kapitalist dem Arbeiter nur zugestimmt und zwar an Arbeitslohn und Sozialrenten, was die Wirtschaft nach Abtragung der Kapitalrente (Zins, Dividende, Grundrente) noch übrigläßt. Jeder Kampf, geführt zur Beeinträchtigung der Kapitalrente, ist aussichtslos, weil der Kapitalist als der wirtschaftlich Stärkere, die zu große Überlegenheit besitzt. Es ist Generalsinn, den Kapitalisten mit seinen eigenen Waffen (Geld, hohe Mitgliedsbeiträge) bekämpfen zu wollen. Die Überlegenheit des Gegners zu der Arbeiterschaft ist ungefähr gerade so groß, wie die Überlegenheit einer modernen Armee mit Tanks, Flugzeugen, Giftgasen, kurz allen modernen Morderrichtungswaffen gegenüber einer mit Bogen und Pfeilen und bestenfalls noch mit Vorderlädern ausgerüsteten Massenarmee von primitiven Wilden.

Die im Anfang geschilderte Grundeinstellung der freien Gewerkschaften war zweifellos richtig. Die Gewerkschaften haben nur den einen Sinn, wenn sie ihre Mitglieder restlos und gründlich über die Zusammenhänge in der Wirtschaft aufklären. In dieser Beziehung waren bisher keine Ansätze vorhanden. Durch die Aufklärung ergibt sich die Einstellung zu den schwebenden Wirtschaftspragen von selbst und kann nur sozialrevolutionär sein. Aber — haben denn die Prominenten sämtlicher Gewerkschaftsbewegungen an einer solchen Aufklärung ein Interesse. Nein!!! Ihre Führer stehen in zu engem Zusammenhang zu den politischen Machthabern ihrer resp. Parteien, sind mit soviel Interessen mit diesen verbunden, daß eine Bekehrung oder Wandlung von der Seite garnicht zu erwarten ist. Eine fundamentale Opposition kann und darf nicht zugelassen werden. Weder Füsse noch Verbandstage werden einer wirksamen Opposition zugänglich gemacht. Je mehr einer Versuche nach der Richtung unternimmt, desto mehr wird er Gelegenheit haben, sich von der Richtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen. Es bleiben nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, die Kollegen in den Zahlstellen taktisch klug von der Widersinnigkeit der bisherigen Methoden zu überzeugen. Vorbedingung hierzu ist allerdings vorherige eigene Schulung und zielklare Stellungnahme. Aller Voraussicht nach werden die sich immer schneller entwickelnden Wirtschaftsverhältnisse diese Umschulungsprozedur günstig beeinflussen. Der zweite Weg weist Anschluß an die oppositionellen Gewerkschaften. Die meist bei diesen stark herausgestellte Behandlung der Dinge unter einseitig weltanschaulicher Einstellung wird da leider sehr häufig als Hindernis empfunden werden. Auf alle Fälle gibt es für uns als Parteimitglieder nur die Pflicht, in den Gewerkschaften, ganz gleich wo, revolutionierend zu wirken. Bewußt und zielsicher dahin wirken, daß die Gewerkschaften bei der Entscheidung als wirksames Instrument eingesetzt den Sieg über das unsittliche und unchristliche kapitalistische System entscheiden, ob nun mit oder gegen die Führer.

★
Richtigstellung. In Nr. 25 des „NV“ wird in dem Artikel „Was ist es denn noch mit den christlichen Gewerkschaften?“ von J. Streit gesagt, daß Herr Kreil Mitglied der NSDAP sei. Nach Mitteilung des Herrn Kreil trifft dieses nicht zu. Herr Kreil erklärt sich als Gegner der NSDAP. Demnach ist J. Streit einer irreführenden Meldung zum Opfer gefallen. Wir nehmen diese Richtigstellung gern zu Kenntnis.

Partei und Gewerkschaften.

Genossen! Es sei zuerst an all die Mühen, Opfer, Drangsale, Achtung, Familienzwänge, Ausstoß und Verfolgung erinnert, die ihr, der eine mehr oder weniger, um der christlich-sozialistischen Idee erleidet, oder erlitten habt. Beweggründe für die freudig aufgenommenen Opfer sind einerseits die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft, andererseits die Frohsinnigkeit der christlich-sozialen Idee. Kampf dem Kapitalismus und seiner Voraussetzung dem Militarismus. Sollen die persönlichen Opfer, die man schon eingesetzt hat, und noch einsetzen wird, einigermaßen Sinn haben, so muß der Befreiungskampf der Werkträger konsequent geführt werden. Das soll heißen, daß alle anderen Bestrebungen und Arbeit auf einer Linie liegen müssen. Die Kräfte müssen sich addieren. Wir kommen hiermit zur Ablehnung aller Bestrebungen, die auf dem Boden kapitalistischer Wirtschaft stehen, und zur leidenschaftlichen Bejahung all dessen, was zum Sturz des Kapitalismus führt.

Als klassenbewußte Gewerkschaftler in der revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei werden wir als Gewerkschaftler uns zur revolutionären Gewerkschaftstheorie bekennen müssen. Drei verschiedene Gewerkschaftstheorien haben wir im Gewerkschaftsleben. Bei Übergehen der gelben, reaktionären „Gewerkschaften“ stoßen wir auf reformistische und revolutionäre Gewerkschaftstheorien. Die „Reformisten“ akzeptieren den Kapitalismus und wollen innerhalb dem Gegebenen die Auswüchse und Schranken des Kapitalismus zu überwinden suchen.

Als Mitglied einer christlichen Gewerkschaft werde ich die reformistische Grundeinstellung der christlichen Gewerkschaften Beweis fragend, sondern in jedem Schulungskursus und in der Gewerkschaftsliteratur wird grundsätzlich festgesetzt, daß die christlichen Gewerkschaften das Kapital und die kapitalistische Wirtschaftsweise bejahen aus wirtschaftlicher Hinsicht. Ausgehend von der Feststellung, daß in einem Zeitalter, das durch die Zusammenhaltung größerer Massenmassen mit gesteigerten Bedürfnissen charakterisiert ist, eine kapitalistische Wirtschaft unvermeidlich ist. Erinnern wir uns weiterhin an den Ausspruch des Arbeitererzählers Adam Stegerwald, der jüngst noch die kapitalistische Wirtschaft hönisch, Uns von der Arbeiter- und Bauernpartei ist eine sozialistische Planwirtschaft die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsform.

Als Sozialisten kommen wir zur Ablehnung der Grundeinstellung der christlichen Gewerkschaften, vorgezogen durch die Bonokratie,

die im ständigen Streik mit dem Sozialismus sich immer mehr in die alte Ordnung hineinfräß. Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer und Volksgemeinschaft mit dem Feind und Unterdrückter ist spezifisch christliche Gewerkschaftsbewegung. Klassenkampf wird mit Klassenhaß gleichgestellt. Franz Wieber vom christl. Metallarbeiterverband kommt in seiner Broschüre „Christentum und Gewerkschaftsbewegung“ zur Feststellung, daß „Die Arbeiterschaft auf Gedeih und Verderb mit übrigen Volksschichten und Volksgenossen verbunden“. Also ausgesprochen die Arbeiterschaft als der werterzeugende Teil, der nach Leo XIII. den Wohlstand der Staaten versichert, ist auf Gedeih und Verderb der übrigen Volksschichten angewiesen. Daß bei solcher Einstellung Klassenbewußtsein kümmerlich verkommt, ist verständlich. Wir als Partei halten demgegenüber „Proletarier werden die Träger der Zukunft sein“. Es dürfte weiterhin in dem Unterbewußtsein des schafelosen Gewerkschaftlers stecken, daß eine Volksgemeinschaft von Schaf und Wolf eine größere Utopie ist als eine klassenlose Gesellschaft. So wie man schon einmal, um eine Steigerung von Wahlstimmen bei den Kieler Werftarbeitern zu erhalten, mit Pansertreue und Arbeit versprach, so sind jetzt auch Kräfte am Werk, in dem roten Berlin auf den Krückstöcken der nationalsozialistischen Bewegung eine Bresche zu schlagen, um Zuwachs an Mitgliedern zu erhalten.

Kollegen aus den christlichen Gewerkschaften! Wenn wir als organisierte Proletarier in der Arbeiter- und Bauernpartei die Unüberbrückbarkeit der kapitalistischen Klassenklüfte feststellen, so kommt zweierlei in Frage. Einmal wir lehnen die christlichen Gewerkschaften ab, oder aber wir nutzen die uns gebogene Gelegenheit aus, um die dortigen Massen zu revolutionieren und radikalisieren. Nicht heraus aus den Gewerkschaften, für die freien Gewerkschaften trifft ja beinahe dasselbe zu wie bei den christlichen, sondern geht methodisch und zielbewußt zu entschiedener Opposition vor. Stellt in den Versammlungen den Bankrott der kapitalistischen Welt klar heraus. Legt euch auf, wenn Vertreter wie Brüning und der famose Adam Stegerwald als „unsere“ Männer genannt werden. Reißt denen die Maske herunter. Wehrt euch, als Regierungsschutztruppen mißbraucht zu werden.

Stellt allgemeine Forderungen, Forderungen, die zur Entscheidung drängen. Organisiert die wachsende Opposition.

In jeder Ortsgruppe, in jedem Kreis und Landesverband sowie auch im Reichsverband je ein Parteigenosse mit der gewerkschaftlichen Aufgabe betraut. Bei Wahlen muß die Opposition ersatzlos und ihre Machtposition sich festigen durch die Wahl von Oppositionellen.

Nicht heraus aus den Gewerkschaften, sondern macht sie tief für den Befreiungskampf. Wo Parteigenossen zwangsläufig in der RGO schon organisiert sind, soll ihre Aufgabe es sein, in enger Tüchtigkeit mit den Zentralgewerkschaften der Radikalisierung nachzueifeln.

Und wo du auch suchst, ob in einer christlichen oder freien Gewerkschaft oder in der RGO, Prolet, vergriff die rote Fahne mit dem schwarzen Kreuz nicht.

Alain Schmitz,

Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Proletarier aller Länder vereint euch!

Die Wochenschrift des christlichen Metallarbeiterverbandes „Der Deutsche Metallarbeiter“ schreibt in der Nummer 38 vorigen Jahres in einem Leitartikel „Christliche Gewerkschaften und nationales Wollen“:

„Deshalb steht auch die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem Standpunkt der Volksgemeinschaft und des Arbeitsgemeinschaftsgedankens. Sie sagt mit Recht, zunächst kommt der eigene Volksgenosse, gleich, ob er Akademiker, Unternehmer, Bauer oder Beamter ist, und dann erst kommt der Standesgenosse im fremden Land.“

Daß ihr es nun alle wißt, ihr Lohnsklaven, ihr Unterdrückten und Ausgebeuteten, ihr Elendshäufen, ihr Ausgesteuerten, zuerst reichte euren Peinigern, euren Ausbeutern, den Dividendenjägern und Gehaltsschluckern die Hand, als euren Klassengenossen mit demselben Schmachtriemen jenseits der Grenze, dafür dürft ihr euch zur deutschen Volksgemeinschaft gezählt rechnen. A. Sch.

Schließt die Reihen!

„Seit etlichen Wochen lese ich Ihre Zeitung „Das Neue Volk“. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, daß ich an der Haltung Ihrer Zeitung meine Freude habe, von der ersten Nummer an, die ich zu Gesicht bekommen habe. Sie führen mit sauberen Waffen jenen Kampf, der nicht so leicht Massen um sich sammelt, weil er der gute ist. Da wird es Ihnen

Rund um das Samariter-Werk.

Aus Briefen.

16 B. . . Gewähr ist unter Euch das eine oder das andere, das schon die mächtige Fürsprache des armen Zimmermanns von Nazareth erfahren; dieser Tage ist sein Fest. Diesmal kommt er zu Euch, um Euch zu helfen. Wir wissen um unsere Schwestern in Hesselthal nach dem Weggange von Kaplan Herold. Ich bin nur selbst Handwerker und habe mir von meinem Lohne etwas erspart. Vor drei Jahren hat mich ein schwerkranker Freund, ihm das Geld — es waren 500 RM. — zu leihen. Nun erhalte ich gerade gestern das Geld zurück. Wobin damit? Auf die kapitalistische Sparkasse gegen gute Zinsen? Nein in Naudorf/Hesselthal will ein edles Werk weiterleben. Nun schicke ich das Geld, sauer verdient, Euch mit der Bitte, mir dafür einen Sparschein zu schicken und es zu verwalten. Möge der hl. Josef Euch allen und Euer Werk schützen für das, was Ihr dem Geringsten der Brüder seines Bohnes getan habt und noch tut. In diesem Sinne verwendet auch das Geld. M. V.

Was könnten wir machen, wenn viele so dächten und handelten? Wie leicht wäre auf diese Weise das nötige Aktionskapital für die lebendigen Menschen im Samariter-Werk zu erhalten? Wie müßte es ein leichtes sein, für die Baugruppen das nötige Geld zum Bauen zu bekommen, das am denkbar günstigsten als 1. Hypothek auf Grund und Boden angelegt würde. Doch wir können nur mit Erkennenden rechnen, wollen aber nicht müde werden, um zur Erkenntnis zu führen.

sicher nicht unerwünscht sein, gute Meinung zu Ihrer Sache zu hören.

Ich kenne das Pressewesen beruflich sowohl von der redaktionellen, wie auch von der meist ebenso peinlichen geschäftlichen Seite her intern und stehe nicht an, es einen Sumpf zu nennen. Bei solcher betrüblichen Sachkenntnis wirkt es angenehm, auf ein Blatt zu stoßen, dem man in allen guten Bestrebungen hundertprozentige Folgerichtigkeit anmerkt. Dergleichen kann man sich nur erlauben, wenn man seine gesunde Erkenntnis nicht hinter den Wällen ungerechter Vorteile verbirgt, sondern der Wahrheit dient, die mit ihrem göttlichen Lichte alle Dinge entwirrt, und klarer und einfacher macht. Sie vertreten den heute gebotenen Radikalismus in sozialistischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen mit dem erforderlichen Takt des geistigen Menschen, dem es in seiner sauber gehaltenen Erkenntnis um ewige Menschheitsziele geht und nicht darum, nun seinerseits an die Masttrüge materialistischer Verblendung zu gelangen. Aber Sie lassen diesen Takt nie zu jener feigen Taktik verfallen, mit der sich die Pseudo-Geistigkeit unserer Kreise von „Bildung und Besitz“ so maßlos an Volk und Menschheit verdingt hat. Ich müßte und würde dies kritisch gerecht anerkennen, selbst wenn auch nicht Ihre Kampfziele weitgehend, wahrscheinlich restlos, die meinigen wären.“ H. R., Bonn/Rh.

Zuschriften wie vorstehende, erreichen uns jeden Tag. Viel Menschen kennen uns noch nicht, warten auf uns, gehören zu uns. Willst Du nicht werben? Uns einen neuen Leser und Mitarbeiter zuführen? Handle sofort. Heife die Volksfront schließen.

Bayerische Volkspartei - Bauernfänger

Das sind berufsmäßig Demagogen und Volksverdummer, Menachen, die um ihrer politischen Vorteile willen schwindeln. Denn als nicht anderes als aufgelegten Schwindel kann es bezeichnet werden, wenn der „Beobachter am Main“ seinem gutgläubigen Volk eine „erbischöfliche Kundgebung gegen Vitus Heller“ vor wenigen Wochen versetzt, ohne daß er dazu schreibt, daß diese Kundgebung nun schon bald drei Jahre alt ist. Denn auf nichts anderes als auf die bekannten Bischofserlasse kann sich der Beobachter hier berufen wollen. Die längst wiederlegt sind und für uns nie zu Recht bestanden haben, weil sie von Seiten der Bischöfe Vitus Heller nicht das Recht gaben, sich zu verantworten noch zu verteidigen.

Doch man merkt die Absicht. Selbst im Leserkreis des „Beobachter am Main“ im letzten Spessartdörfchen kriecht es. Und wir wollen dafür sorgen, das es kragt! Denn das Arbeiter- und Bauernvolk des Spessarts kann kein Interesse daran haben, die Presse eines Systems zu stützen, daß ihm heute Not und Hunger diktiert. Freunde im Spessart, Arbeiter und Bauern, gebt den Unterdrückern und Ausbeutern, gleich welcher Art und Absicht, die deutliche Quittung durch verschärften Kampf und verdoppelter Arbeit für die Einheit der arbeitenden und werterzeugenden Volkes.

Hakenkreuzkomplexe.

Von den Jüngern im „braunen Hemd“ ist man allerhand gewohnt. Ernst nehmen soll man sie nur da, wo sie auch den Anspruch darauf erheben. Das ist sehr selten. Gewöhnlich reagieren Hitlers Leute irgend einen Komplex mit unzureichender Kenntnis und unmöglichen Mitteln ab. Es sei denn, es wird bei Hakenkreuzern geprügelt oder auch mal gemuecht. Diese Art Verkehr hat man z. B. den Leuten am „Neuen Volk“ schon mehrfach in Aussicht gestellt. Das ist dann „echt deutsche“ Rowdlear. Seit neuester Zeit haben Nazijünger die „Vitus Hellerleute“ besonders ins Herz geschlossen. So erlebt es die Redaktion vom N. V. bald täglich, das irgend ein Kindskopf den Telefonapparat belästigt. Die Redaktion wird dann (im Falle, daß man sich an dem Blödsinn belustigt und den Quatsch auch wirklich anhört) mit den schönsten Kosenamen im Hakenkreuzorgan bedacht. Diese Art „Kampf“ gehört anscheinend mit in die Reihe der Methoden der Leute vom „dritten Reich“, angefangen mit weißen Mäusen und Blindschleichen. Es ist unnötig, so etwas ernst zu nehmen oder überhaupt zu erwähnen. Nur dürfte das ein Beitrag zur Charakterisierung dieser wildgewordenen Spießergesellschaft mit Säuglingsanhang sein. Schade um alle Jene, die es auch dort ehrlich meinen und auf verlorenem Posten stehen.

14. 3. . . Freund Kaiser, ich bitte Euch, erbarmt Euch meiner um meiner Mutter willen. Ich habe noch sieben Geschwister und keinen Vater mehr seit 20. Juni 30, und die Mutter bekommt nur Rente für die kleinen Geschwister. . . M. T.

Soll ich zum 2. Male absagen? Ich habe mein Pfarrhaus bis unter das Dach besetzt. Wir lassen alles geschehen. Wenn er kommt, findet er vielleicht sein Plätzchen auch wieder. Arbeit gibt es ja bei uns schon und gute Menschen werden uns mit Hilfe des „Denars“ weiter helfen, der Unkosten Herz zu werden. Bei uns aber geht es um einen radikalen Neuaufbau von unten her: klein, langsam.

14. 4. . . Eure Schreiben habe ich erhalten; ich trete trotz großer Not dem „Samariter-Werk“ bei. Man hat mir und meiner Familie hier in N. schon arg zugesetzt. . . Einmal bekommen wir ein Elgenheim, das kann kein Mensch aus mehr nehmen, das ist einmal das kühle Grab und dann die Wohnungen unseres Gottes. . . G. H.

Der Freund schildert, wie er um sein Heim gekämpft hat. Es stehen bittere Sätze da. Inwieweit seine Angaben zutreffen, daß beim Kampf gegen ihn auch religiöse und politische Momente mitgespielt haben — er ist Protestant und Christlichsozialer. — entzieht sich meiner Kenntnis. Ob's möglich ist, und wohl auch schon da war? Das Höchste ist die Liebe, das Merkmal des Christenmenschen. Wird man nicht das wahre Christentum an der Art und den Maßnahmen gegen religiös und politisch Andersdenkende am besten erkennen können? Geben wir also acht, Du und ich.

Aus Nr. 5 „Der Samariter“, Werkblatt für Lebenserneuerung u. christl.-soc. Tat, „Samariter-Verlag“, Volkertshausen/Hadern

Der Notschrei der Rechtlosen.

Kreis St. Goarshausen. Wenn überall die Hungerunterstützungen — diktiert durch die Brüning-Stegerwald-Schleieraktion — nun noch weiter auf gleiche Anordnung gekürzt werden, dann darf der Kreis St. Goarshausen bei dieser unverständlichen, jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Maßnahme, nicht fehlen. Unsere Unterstützungssätze für die Armen, die Wohlfahrtsarbeiter, Klein- und Sozialrentner sind mit die niedrigsten im Reich. So erhält der alleinstehende Kleinrentner 40,00 Mk., das Ehepaar 60,00 Mk. im Monat, für den Sozialrentner gilt der gleiche Satz, jedoch werden hier die Renten mit in Anrechnung gebracht. Bei unterhaltspflichtigen Kindern wird ein Zuschlag von 20% des Monatsbetrages gezahlt. Sind nun z. B. bei einem unterstützungsbedürftigen Ehepaar bereits verheiratete Söhne und Töchter vorhanden, so wird die Unterstützung an die Eltern erst nach reiflicher Prüfung und Feststellung der Verhältnisse der Kinder gezahlt. So Anerkennungswert dieser Paragraph der Fürsorgepflichtverordnung, der die gegenseitige Hilfe innerhalb der Familie einfordert, ist, so unverständlich ist seine Anwendung in dieser grenzenlosen, noch zu ärgersamen Not. Wir sind stets Befürworter der individuellen Fürsorge gewesen, glauben aber, daß in der Zeit der Massenarmut der Kollektivfürsorge das Recht nicht abgesprochen werden kann.

Den Herrn Bürgermeister des Kreises, soweit Städte in Frage kommen, und dem Herr Landrat empfehlen wir nur drei Monate mit einer solchen Unterstützung — natürlich sollte eine mehrjährige Arbeitslosigkeit vorangegangen sein — zu leben. Wir glauben bestimmt, daß neben der unausbleiblichen Rechtsatzserhöhung auch noch Naturalleistungen gegeben würden.

Diesen Opfern des Kapitalismus die kargen Unterstützungen zu beschneiden, ist eine derart erblose Handlungsweise, daß man sie nicht scharf genug greifen kann. Diese Kreismaßnahme ist ganz besonders darauf zurückzuführen, daß der Wohlfahrtsausschuß und der Magistrat der Stadt Niederlahnstein diese Hungerrenten — unter Berücksichtigung der großen Not — erhöht hat. Es war nun eine Selbstverständlichkeit, daß die Stadtverordnetenversammlung gegen die Kreismaßnahme protestierte, wenn auch ohne Erfolg. Unsere Vertreter sowie die KPD, nannten eine solche Maßnahme beim richtigen Namen und würdigten auch die Parteien, die für diese Not verantwortlich sind, gebührend. Die Zentrumsaktion schwingt nicht nur in der Debatte, sie hatte auch gegenüber diesem brutalen Vorgehen noch nicht einmal ein Wort des Bedauerns. Sehr bezeichnend!

Der Bund christlicher Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen e. V. Deutschlands, protestierte ebenfalls schärfstens. Gaukler, Errenner-Koblenz grüßte scharf den Urheber dieser Not und forderte seine Mitglieder auf, durch einen echt christlichen Radikalismus, Mann an Mann stehend, für eine menschenwürdige Unterstützung zu kämpfen. Offen gestand er, daß sein Vertrauen in Brüning erschöpft sei und er im Hinblick auf die Notverordnungen zur Verbreitung weiterer Not, dieser Regierung schärfsten Kampf ansagen müßte. Freund streift, der an der Versammlung — durch Einladung — teilnahm, unterstrich die Ausführungen Brenners, ganz besonders die Forderung, dem Rechts- oder Linkerradikalismus den wahrhaft christlichen Radikalismus entgegenzustellen. Der Wille zum Kampfe um ihr gutes Recht kommt in nachfolgender Entscheidung, die an den Magistrat der Stadt Niederlahnstein mit dem Kreisrat des Kreises St. Goarshausen gesandt wurde, zum Ausdruck.

Entscheidung.

Die hier heute im Saale Wendeln Hergenbahn, zur Lohn-, Arbeits-, Niederlahnstein, unter Führung des Bundes christl. Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen e. V. Deutschlands, versammelten Klein- und Sozialrentner und Fürsorgeempfänger der Stadt Niederlahnstein, nehmen Kenntnis von den beschriebenen Maßnahmen der Kreisbehörde St. Goarshausen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege.

Die Versammelten warnen hiermit dringlichst, die Not der streifenden Kreise durch Abbau der Fürsorgeleistungen nicht noch zu verschärfen. Die Notlage der Klein- und Sozialrentner und Fürsorgeempfänger des Kreises, insbesondere der Stadt

Niederlahnstein ist schon derart groß, daß ein Fürsorgeleistungsabbau und somit eine Verschärfung der hilfsbedürftigen Lage derselben als untragbar bezeichnet werden muß. Die Richtsätze des Kreises sind nachweislich viel zu gering bemessen, sodaß von generellen Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege des Kreises nicht gesprochen werden kann.

Wenn in gewissen Fällen die Richtsätze bei Bemessung der Unterstützung überschritten wurden, so dürfte dieses im Einklang mit der Fürsorgepflichtverordnung stehen. Die Richtsätze sind nämlich keine Höchst- noch Mindestsätze.

In den Richtlinien des Kreises ist ausdrücklich gesagt, daß die Richtsätze nicht als Mindestsätze angesehen werden dürfen.

Eine Überschreitung derselben war in den geeigneten Fällen wohl notwendig und berechtigt.

Wenn nun in zahlreichen Fällen jetzt auf die Richtsätze herabgegangen werden soll, so kann dieses unverständliche Maßnahme nicht gutgeheißen werden, zumal die Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen im entsprechenden Maße vorgelegt hat und noch vorliegt.

Eine Erhöhung der Richtsätze in Angleichung an die der Stadt Koblenz muß als dringend notwendig bezeichnet werden, da die wirtschaftliche Lebenshaltung in Niederlahnstein ebenso wie in Koblenz und oft teurer als in Koblenz ist, obwohl die Stadt Koblenz mit die niedrigsten Richtsätze im Verhältnis zu anderen Städten hat.

Eine Einschränkung der Wohlfahrtspflege ist nicht möglich, da der notwendige Lebensunterhalt der Hilfsbedürftigen durch die bestehenden Richtsätze entsprechend der Fürsorgepflichtverordnung nicht sichergestellt ist.

Ehe die Gewährung des notwendigen Lebensbedarfs an diejenigen, denen er fehlt und ihn auch nicht erwerben können eingestellt oder gekürzt werden kann, müssen doch noch ganz andere Eingriffe in die Lebensaufwendungen der übrigen Volkskreise gemacht werden.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege hat in Niederlahnstein den Unterstützungsbedürftigen gegenüber nachweislich stets die größte Sparsamkeit bestanden. Wie nun durch Erziehung, bzw. Maßnahmen der Kreisverwaltung in der Stadt Niederlahnstein noch 15 bis 20.000 Mark in der Wohlfahrtspflege eingespart werden können und sollen, ist wirklich höchst unverständlich.

Eine derartige Drosselung der Wohlfahrtsausgaben müßte mit Recht eine verzweifelte Unzufriedenheit unter den Hilfsbedürftigen hervorrufen.

Die Versammelten richten daher an die Stadt und Kreisverwaltung den dringenden Notruf, die bisher gewährten Leistungen weiter zu gewähren. Gegen die Maßnahmen des Kreises erheben die Versammelten einmütig den schärfsten Protest und fordern daher, daß es zum wenigsten bei den bisherigen Sätzen verbleibt und sobald als möglich eine Angleichung der Richtsätze in der Höhe der der Stadt Koblenz vorgenommen wird.

Mit allem Nachdruck erklärt der Bund christl. Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen e. V. Deutschlands, Gaugeschäftsstelle Koblenz, unter einstimmiger Zustimmung der Versammelten, daß er es ausdrücklich ablehnt, die große Not und Sorge der betroffenen Kreise zu Agitationszwecken zu mißbrauchen, wie dieses von gewisser Seite aus nachweislich geschieht.

Auch diese Entschliebung wird ohne Erfolg sein, denn alles ist nur eine Papiermaßnahme, wenn nicht, durch politische Schlussfolgerungen, gezogen in den Kreisen, die heute ausgebaut werden, eine Wendung der Geschicke herbeigeführt wird. Deshalb ergeht an alle Betroffenen der Ruf, geht bei kommenden Kämpfen keiner Partei, die den kapitalistischen Staat stützt, eine Stimme, sorgt dafür, daß die heute noch maßgebenden reaktionären Spießbürgerkreise im Kreisratsschuß abgelöst werden durch Menschen, die sich um euch bekümmern, denen euer Los nicht gleichgültig ist. Wir von der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands haben die Forderung des „Christlichen Radikalismus“ auf unsere Fahne geschrieben. Kämpft drum, ihr Opfer der Arbeit, ihr Witwen und Waisen, unter diesem Banner für soziale Gerechtigkeit und Frieden!

damit wir uns im kleinen Kreis zusammenfinden und dann gemeinsam an die Arbeit gehen. Mit Sympathie ist nichts getan, sondern nur durch die praktische Arbeit. Wer wird noch zögern? Also jeder Leser gibt uns seine Anschrift und arbeitet mit. Wir wollen wie Schiller sagt: Was du willst, das tue gleich! Brüder zur Sonne, zur Freiheit!

Bezirk Köln-Bergisch-Land. Große Kundgebungen im Rheinischen Bezirk. Donnerstag 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Rheinische Bezirksloge in Köln-Deutz, Helene-Wall (Morgenszern). Freitag, 19. Juni, abends 7 Uhr, große Kundgebung im Kaiserzsaal Wiedorf. Samstag, 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung in Köln-Deutz, gegenüber der kath. Kirche. Sonntag, 21. Juni, Versammlung in Bergisch-Gladbach, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Büchner, Wilhelmstraße; nachm. 2 1/2 Uhr Versammlung in Menden bei Siegburg. Freund Heinrich spricht in Minden nebst Heiler über Kommunalpolitik. Freunde, arbeitet mit und besucht diese großen Kundgebungen. Die Bezirksleitung.

Ortsgruppe Witten. Liebe Freunde! Zu unserer am 24. ds. stattfindenden Versammlung heißt es alle Mann an Bord, daß der Saal bei Kraft mit Nebenräumen bis auf das letzte Plätzchen gefüllt ist. Es gilt alle Kräfte anzuspannen, um eine möglichst hohe Zahl der Karten vorher zu verkaufen und durch Propaganda von Mund zu Mund eine machtvoll Kundgebung vorzubereiten. Darum überlaßt die Arbeit nicht nur einigen wenigen, sondern zeigt den ewig Gestrigen, wovon man sich bei den in gesicherten Stellungen als Führer mit verkalkten Gehirnen persönlich heute noch überzeugen kann, daß wir noch da sind und die letzten Trümpfe noch fest in der Hand haben. Also auf, zeigen wir auch für alle Zukunft, daß wir bereit sind, für das heutige unterdrückte, ausgebeutete Volk durch Tatkraft festem Boden zur Existenz unter die Füße zu schaffen, keine Opfer scheuen. Unsere Monats- und vorbereitende Versammlung findet am Sonntag, den 21. Juni um 16 Uhr bei Kraft, Wilhelmplatz statt. Kommt zahlreich.

Bezirk Essen. Infolge der in letzter Zeit versuchten parteischädigenden Handlungen von Seiten einiger früherer Funktionäre fand am 7. Juni eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Essen statt. Dort wurde bekanntgegeben, daß diese Schädlinge schon im April durch den Beauftragten des Landesparteiverbandes ausgeschlossen worden sind. Es handelt sich um Leute, die aus der FFF-Bewegung kommen und die versuchen, die ABPD umzubringen in eine Partei der Freiwirtschaft. Wir empfehlen den bereits in verschiedenen Bänden gepöblichten und gegenseitig sich bekämpfenden Freiwillen, auf ihre Kosten, in eigenen Versammlungen für ihre Ideen zu propagieren, statt in anderen Parteien störend einzuwirken. Ihren Vernehmungsdrang fördern sie dadurch nicht. Im weiteren Verlauf wurde der Vorstand neu gewählt. Es gereichte ferner zur allgemeinen Befriedigung, daß sich zu dieser Versammlung lausige parteitreu, festentschlossenen, arbeits- und opferfreudige Mitglieder eingefunden haben. Ein Arbeitsplan wurde festgelegt und wird bereits ins Werk gesetzt. Besonders beifällig wurde begrüßt, daß die Parteileitung in Nr. 25 des „NV“ eine ganz klare Richtung für die Ausführung des Parteiprogramms vorgezeichnet hat.

Die nächste Versammlung findet am 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Becker, Essen-West, Frohnhausen- und Lünenberger-Ecke statt.

Rechtsschutzzecke.

Notverordnung gegen politische Ausschreitungen.

Die hohen Strafen (3 Monate Gefängnis), welche für die Übertretung dieser Verordnung gelten, müssen zur genauesten Beachtung veranlassen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß unsere Ortsgruppenführer etc. die hauptsächlichsten Punkte daraus kennen. 1. Alle Versammlungen unter freiem Himmel, ebenso alle Aufzüge, und Personenfahrten politischer Versammlungen oder zu politischen Zwecken auf Lastwagen — ausgenommen Leichen- und Hochzeitszüge, Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten —, ferner alle öffentlichen und politischen Versammlungen in geschlossenem Raum müssen mindestens 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde gemeldet werden.

2. Plakate und Flugschriften politischen Inhalts — einschließlich öffentlicher Ankündigungen von politischen Versammlungen — müssen mindestens 24 Stunden, ehe sie an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dem Bezirksamt (Polizeibehörde etc.) zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. E. F.

Landesverband Westfalen.

Bezirk Groß-Dortmund. Für den Bezirk Groß-Dortmund und Umgebung ist die Geschäftsstelle der Arbeiter- und Bauernpartei Dortmund, Missundestraße 41 (bei Eckevogel) zuständig.

Groß-Hochum. Sonntag, den 21. Juni 1931, vorm. 10 Uhr, im Lokal Schula, Moltkeplatz, wichtige Versammlung. Freunde erscheinen alle und pünktlich.

Dortmund. Am Montag, den 22. Juni, findet in Dortmund im Hotel Riewe auf dem Berg, eine Tagung der Ortsgruppen des Stadtverbandes Dortmund, sowie der Ortsgruppen Langendreer, Bochum, Witten, Waltrop, Schwerte, Bork, Hombroich, Eving, Dorstfeld, statt. Auch alle anderen Ortsgruppen Westfalens sind hiermit eingeladen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß von der Zentrale Würzburg Paul Feltrin an dieser Tagung teilnimmt. Da alle organisatorischen Fragen zur Debatte stehen, ist es unbedingte Pflicht aller Ortsgruppen, ihre Vertreter zu dieser Tagung zu entsenden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Tagung pünktlich um 7 Uhr abends beginnt, um den auswärtigen Freunden frühzeitige Rückfahrt zu ermöglichen.

Mit Kampfgruß
Geschäftsstelle der Arbeiter- und Bauernpartei, Dortmund, Missundestr. 41. J. A. Kraft.

Landesverband Württemberg

Stuttgart. In der Monatsversammlung vom 1. ds. wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, von allen in Arbeit stehender Parteimitgliedern eine einmalige Umlage von 2 Mark einzusetzen, zur Finanzierung der Werbeversammlungen. Zahlbar innerhalb 4 Wochen nach Veröffentlichung.

Sammlung?

Die Ortsgruppe Stuttgart sendet uns nachfolgenden Aufruf:

Stuttgarter Freunde haben unsern Parteiführer Vitus Heller gesehen, und sind zu der Überzeugung gelangt, daß diesem Erholung dringend not tut.

Um diese Erholung unserm Parteiführer zu ermöglichen, der seine ganze Kraft und Gesundheit für das schaffende Volk opfert, ergeht an alle Parteimitglieder und Leser des Neuen Volkes unser Ruf, gebe jeder ein Scherflein, um Vitus Heller einige Wochen in das Samariterheim Orsoline, Schweiz, schicken zu können.

Freunde, wir müssen Egoisten sein und uns die Arbeitskraft unseres Führers erhalten. Deshalb zahlt in Briefmarken oder Postanweisung an Josef Thoma, Heusteigstr. 66 (Kath. Gesellenhaus), Stuttgart, unter Vermerk „Hellererholungsfond“ Über den Erfolg wird an dieser Stelle berichtet.

Ortsgruppe Stuttgart.
B. Linkenhell, Vorsitzender der Ortsgruppe.

Der Aufruf ist gut gemeint. Aber die Reichszentrale lehnt ihn ab. Die Führer müssen leben, müssen ihre Gesundheit der Sache erhalten, aber sie müssen auch bereit sein, sich der Sache zu opfern! Für unsere Führer dürfen nicht die Groschen der Mitglieder herausgeholt werden, wie bei der Hitlerpartei, um ihnen Eisenbahnfahrten 1. Klasse zu bezahlen oder Mercedeswagen zu 44.000 Mk., dürfen nicht jene „Erholungsurlaube“ gelten, wie für die Parteibosse anderer Parteien und die „Volksvertreter“, die von Brüning in Erholungsurlaub geschickt wurden, oder wie bei Hitler, in diesen gegangen sind, um für die politische Faulenzerei noch die hohen Diäten aus den Groschen des Volkes einzustechen. Das gilt für uns grundsätzlich! Wenn unsere Parteifreunde schon sammeln wollen, dann sammelt für einen Parteikampffond, damit die Partei Mittel bekommt, um ihren Kampf kämpfen zu können, den Kampf für die Befreiung und gerechten Urlaub des ganzen deutschen Volkes! Die Reichsführung.

Das neue Buch von

Erich Maria Remarque

Der Weg zurück

„Frontkameraden, der Primat wiedergegeben, suchen den neuen Weg ins Leben.“ Befehle auch Sie das erschütternde Dokument der Nachkriegszeit, diesen Roman der Heimkehrer!

Es haben bei:

Verlag „Das neue Volk“, Würzburg, Karthausstr. 11a
Preis 1 Mark

Aus der Bewegung.

Landesverband Baden

Freiburg. Samstag, den 4. Juli, spricht Freund Zech im Büpplin über die Erziehung der Jugend zu Friedenskämpfern. Erscheinung ist dringend erwünscht.

Landesverband Bayern

München-Süd-Ost. Am Montag schlossen sich eine Anzahl Freunde zu einer Bezirksgruppe zusammen. Vortritt sind wir 21. Zur Erledigung der organisatorischen Aufgaben wurden gewählt: L. Holleis als 1. Vorsitzender, K. Lauterbach als 2. Vorsitzender, G. Banz als Kassier und M. Zind als Schriftführer. Funktionär ist jeder, jeder, der die Erkenntnis hat, ist im Gewissen verpflichtet, sie weiter zu tragen und seine Umwelt herauszurufen aus dem gedanktollen Dahinvegetieren.

Freuen wir uns, daß wir in einer Zeit leben, in der wir mitbauen dürfen an einer neuen Menschheitsordnung. Das „Neue Volk“ und das Parteiprogramm werden uns die Richtlinien geben im Kampf um die sozialistische Zukunft, um die Ordnung, die uns Christus in seiner Lehre grundgelegt hat, in der alle Menschen Brüder sind. Unsere nächste Monatsversammlung findet am 1. Donnerstag im Juli, im Gasthaus „Wurzshütte“, Homboldestr. 6, statt.

Samariterwerk. Wir treffen uns jeden 2. Dienstag im Monat ebenfalls in der Wurzshütte.

C.S.J. Am Samstag, nachmittags um 1/2 3 Uhr, treffen wir uns an der Endstation der Linie 25 in Grünwald, zur Sonnenwende in Deiling.

Jeden Montag ist Gruppenabend, jeden Donnerstag Schulungskurs. Die Parteigenossen sind dazu eingeladen.

Landesverband Rheinland

Phonogramm-Sammlung für das Samariter-Werk Volkertshausen.

Bis jetzt sind eingegangen und nach Volkertshausen überwiesen worden: Ortsgruppe Ellendorf b. Aachen 30.—; Köln-Mühlheim 18.—; Elgöngen b. Aachen 10.—; Köln-Dellbrück 7.—; Hamborn 8.40; Erkath b. Düsselndorf 3.—; Burscheid 2.70; Brand b. Aachen 2.50; Engers 2.—; St. Sebastian 2.—; St. Hilis 2.—; Köln-Deutz 1.60; Peter P. Trter 1.60; Duisburg-Neudorf 1.60; Aachen 1.—; Henrath 1.—; Offmannshöhe 1.—; Duisburg-Meiderich 1.—; Müllsbach 1.—; zusammen 62,30 Mk. Vielen Dank allen Sammlern und Spendern. Sammelt weiter und überweist die Beträge auf das Postcheck-Konto 64 704, Peter Heinrich Hüppert, Köln-Mühlheim. So haben wir schon 1000 Pfennige gesammelt! Helft Alle mit, damit wir diese Woche noch auf 10.000 Pfennige kommen.

Bonn und Umgebung. Wenn wir schaffen wollen, dann ist es notwendig, daß wir uns kennen lernen und zusammenschließen. Daher etwas zu dem Gelingen unserer Arbeit und der gesamten Sache liegt, der gebe seine Anschrift an Peter Link, Bonn, Beethovenweg 65,

Landesverband Hessen-Nassau

Das wahrheitsliebende Zentrum.

Für Wahrheit kämpft bekanntlich das „christliche“ Zentrum, wie es das erste Wort seiner Devise sagt. Die Praxis aber zeigt, daß ein Teil seiner Anhänger es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, wenn es gilt, politische Gegner verächtlich zu machen, und den Stimmenschwund aufzuhalten.

Die große Anget, weitere Sitze bei der Ersatzwahl zur Stadtverordnetenversammlung in Niederlahnstein am 18. Mai 1930 zu verlieren, machte die damaligen Führer kopflös, indem sie ein anonymes Flugblatt „nüchternweise“ verbreiten ließ.

Dieses Flugblatt, mit der Überschrift: „Kann ein Katholik die Liste der Christlich-Sozialen Reichspartei wählen?“ strotzte voller Unwahrheiten, Gemeinheiten und Beleidigungen größter Art. — Wirklich eine „christliche“ Kampfweise! —

Das Niederträchtigste dabei war, daß man nicht die Partei als solche schließlich bekämpfte, sondern den Vorsitzenden, Freund Streit, in gemeinster Weise herunterreißen wollte, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu haben. Die persönlichen Beschimpfungen des Freundes Streit, prallen an der Lauterkeit seines Charakters ohne weiteres ab, weshalb wir sie hier nicht wiederholen wollen. Die Behauptung, wir wären von unserem Parteiführer Heller beauftragt, die Geistlichkeit zu überwachen, — ein alter, längst widerlegter Lachstein des „Kölner Lokalanzeigers“ vom Jahre 1928 — wollte man mit einem Zeitungsausschnitt dieser Zeitung beweisen, womit man sich nur lächerlich machte.

Dem von uns beauftragten Staatsanwalt gelang es leider nicht, die Verfasser und Hersteller des Flugblattes zu ermitteln. Dagegen war es uns möglich, die Flugblattverleiher ausfindig zu machen, und darunter befand sich auch der Zentrumskandidat Willy Frits (siehe Nr. 1 untenstehenden Urteils), sodaß über die Herkunft des Flugblattes keinerlei Zweifel bestehen konnte.

Gegen die Flugblattverleiher wurde Privatklage eingereicht, die Beklagten leugneten die Verteilung der Flugblätter, — und jetzt kommt dann das Heberliche Wirkende —, sie versuchten trotzdem, durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Sturm, Oberlahnstein, Beweise zu erbringen, für den Inhalt eines Flugblattes, das sie angeblich nicht verteilt, und die Partei nicht hergestellt haben wollten. Die Verteilung der Flugblätter durch die Beklagten wurde unter Eid bezeugt. Auf die Vernehmung des von uns benannten Parteiführers Heller als Zeugen, betreff angeblichen Rundschreibens 1928, verzichteten sie, da sie — denfalls einsehen, wie unwahr ihre Behauptungen waren.

Das Gericht fällt daraufhin folgendes Urteil:

Privatklage

des Angestellten Johann Streit in Niederlahnstein gegen 1. den Angestellten Willy Frits in Niederlahnstein, geb. am 1. Oktober 1904, 2. den Arbeiter Friedrich Herden in Niederlahnstein, geb. am 21. Dezember 1899 wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht in Niederlahnstein hat am 12. Januar 1931 für Recht erkannt: Die Angeklagten Wilhelm Frits und Friedrich Herden wegen öffentlicher Beleidigung im Sinne des § 186 des StGB. zu einer Geldstrafe von je 5.— RM., an deren Stelle im Nichtbestehen umfänglich je 1 Tag Gefängnis tritt und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Privatkläger Johann Streit wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung durch eine einstweilige Einbehaltung in die Rheinisch-Nassauische Tageszeitung innerhalb 4 Wochen nach Rechtskraft des Urteils bekanntzugeben. Die vorstehende Beschriftung der Urteilsformel wird beibehalten. Das Urteil ist vollstreckbar. Niederlahnstein, den 12. Mai 1931.

Preussisches Amtsgericht Niederlahnstein

als Urkundsbearbeiter: der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Die Beklagten legten unverständlicherweise Berufung ein, wahrscheinlich um die Sache zu verschleppen, und zogen diese wohlweislich einige Tage vor dem Termin zurück, sodaß obiges Urteil rechtskräftig wurde.

Ob die Hintermänner nun auch aus christlicher Nächstenliebe die Kosten übernehmen, ist nach dem bis heute uns Mitgeteilten sehr fraglich.

Hiermit wurde dem Zentrum einwandfrei bewiesen, daß es tatsächlich der Urheber und Verbreiter des Flugblattes ist, und seine Taktik des Leugnens bis zum letzten Moment nutzlos war.

An der Bestrafung der beiden Obengenannten, die nur die Werkzeuge einer bestimmten Gruppe Fanatiker sind, liegt uns gar nichts, lediglich festgestellt wurde dadurch, daß wir mit unserer Behauptung recht hatten.

Die Auswirkung dieser gehässigen, — eines Christen unwürdigen — Kampfweise, zeigte sich nach dem Wahlergebnis, aber in einer Form, die diese gelbesarmen Menschen nicht erwartet hatten, mehr wie 90% Stimmenverlust für das Zentrum, und fast 50% Stimmengewinn für uns.

Als weitere Folge, Verlust der bis zum Oktober 1929 gehaltenen absoluten Mehrheit im Stadtparlament, und nicht zu vergessen, die heilsame Lehre fürs Zentrum, Kurswechsel mit der bisherigen Politik und der ins unendliche gehenden Schuldenwirtschaft in der Gemeinde.

Die Wähler fielen nicht auf den faulen Trick herein, den sie in ihrem Flugblatt versapften: Wollt ihr gemarterte Priester, zertrümmerte Altäre, zerstörte Kirchen, also die Segnungen der irdischen Kultur usw., dann müßt ihr Christlich-Soziale Reichspartei wählen, sie taten es doch, und haben es bis heute nicht zu bereuen gehabt.

Daß wir einer solchen Partei das größte Mißtrauen entgegen bringen müssen, ist selbstverständlich, wenn auch festgestellt werden muß, daß ein Teil der heutigen Führer energisch davon abbrückt, mit diesem Menschen in einem Atemzuge genannt zu werden.

Wir hoffen bestimmt, daß in Zukunft derartige persönliche Beleidigungen und Verleumdungen unterbleiben, und Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit, Richtschnur bei kommenden Wahlen sein werden.

Erklärung.

Das Kampfblatt sozialistischer Studenten Würzburgs und das KPD-Organ Karstadt bringen Aufforderungen: „Leset das neue Volk“. Diese Aufforderungen, an sich bestimmt gut gemeint, sind ohne Zutun und Wissen der Redaktion des NV, und der Parteileitung der ABPD, in jenen Organen erschienen. Wenn diese Organe damit, über die Notwendigkeit der Einheitsfront des schaffenden Volkes hinaus, eine Identifizierung von ABPD, und KPD, bezogen wollen, so müssen wir das grundsätzlich ablehnen. Die ABPD trennt von der KPD, nicht nur grundsätzlich die materialistische und atheistische Weltanschauung, sondern auch die reale Praktizierung des Sozialismus, den wir nicht in einer mechanisierten Kollektivierung und in einer Übertragung alles Privateigentums in das Besitzrecht des Staates sehen können, sondern in einer, den Kapitalismus überwindenden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich machenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die aber grundsätzlich Besitz, Verwaltung und Ertrag der Produktions- und Wirtschaftsgüter in die Hände derer legt, welche die produktive Arbeit schaffen, nicht in die Hände eines, außerhalb der produktiven Arbeit stehenden staatlichen Verwaltungsapparates. Dieser unterliegt immer der Gefahr der Verbohrung, Mechanisierung, „Korruption“, gleich, ob er in einem Staat der Monarchie oder Republik, Demokratie oder Diktatur, Einzeldiktatur des Faschismus im dritten Reich oder der Diktatur des Proletariats arbeitet! Wenn wir auch mit den Kommunisten den Weg zum Sturz des Kapitalismus gemeinsam in einer großen Einheitsfront gehen müssen, wie mit den Massen bei der SPD, den Arbeitern und Bauern in anderen Parteien, den Menschen um Otto Strasser und Stennes und den betrogenen Menschen des schaffenden Volkes in der Hitlerpartei, so muß doch diese grundsätzliche Differenz scharf herausgestellt werden und darf besonders innerhalb unserer Reihen keine Verwischung erfahren! Über Brot- und Arbeitsfragen hinaus haben wir noch andere Menschheitsaufgaben und anderen Dienst an Menschen, den wir nicht nur als Es- und Arbeitsmaschine sehen, sondern mit einer tieflichen und überirdischen Erfüllung!

Die Reichsführung der ABPD, Redaktion des „N. V.“

Offene Antworten.

Nach Bottrop/Westf. Das ist sicher gut gemeint von der Missionsgesellschaft. Die Menschen können kaum anders denken, als wie sie durch ihre Erziehung und Umgebung dazu veranlaßt werden. Und wenn dort gesagt wird, daß die Kirche als solche in Lehre und oft auch in der Praxis ein guter Anwalt der Armen war und ist, so kann das nicht bestritten werden. Wenn wir aber heute den offiziellen Kurs des Kirchen- und Zentrumsapparates betrachten, muß man mehr als bedenklich werden. Brünung zu begrüßen ist wohl nicht diskutabel, es sei denn, so wie es die hungernden Erwerbslosen und arbeitslosen Menschen oft taten. — Für uns wird nach wie vor maßgebend sein, daß wir unseren wirtschaftlichen und sozialen Kampf kämpfen. Und wenn wir Arbeit und Brot für alle geschaffen haben, und vor allen Dingen auch die viel gerühmte Gerechtigkeit im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sichergestellt haben, ergibt sich alles andere von selbst. Denn auch die Kirche kennt einen Grundsatz, der heißt, daß die Übernatur auf der Natur aufbauen muß. Handelt danach!

Notverordnung gegen die Kriegsgopfer.

Wie wir vom Reichsbund der Kriegsgeschädigten erfahren, enthält die soeben erschienene Notverordnung entgegen bisherigen Pressemitteilungen keinen Wegfall der Renten für Leichtbeschädigte. Dagegen erfolgt aber eine allgemeine Rentenkürzung durch eine andere Berechnungsart, von der besonders die Bewohner des flachen Landes und die kriegsgeschädigten Beamten betroffen werden. Daneben fällt auch grundsätzlich bei Leichtbeschädigten der Kinderszuschlag für das erste Kind zur Rente fort. Außerdem sind neue Bestimmungen über die Gewährung von Zusatzrenten ergangen, die außerordentliche Härten für Kriegserwitwen und Schwerekriegsgeschädigte enthalten. Grundsätzliche Änderungen auf verfahrensrechtlichem Gebiete und auf dem der Heilbehandlung sind weiter erfolgt. Von den Rentenkürzungen werden 100%ig erwerbsbeschränkte Kriegsgeschädigte nicht betroffen. Der Bundesvorstand des Reichsbundes wird im Benehmen mit den politischen Parteien versuchen, Abänderungen der Notverordnung herbeizuführen.

Aus der Bauparkaffen-Bewegung.

Die Süd-Bau-Sparkasse wurde am 12. Januar 1930 von 41 Würzburger Bürgern gegründet. Leitender Gedanke der Gründung war, für Bayern selbst eine Bauparkasse zu schaffen, damit auch die vorübergehend angelegten Gelder der bayerischen Wirtschaft erhalten bleiben. Die Zinssätze der Banken, Spar- und Darlehenskassen sind selten aus einem Betrieb herauszuwirtschaften. Die Wirtschaft, das Baugewerbe braucht billige und langfristige Mittel. Teure und kurzfristige Gelder dienen der Wirtschaft nicht so sehr als wie den Besitzern größerer flüssiger Mittel. Um den mittleren und kleineren Leuten eine wirkliche Unterstützung gewähren zu können, um die gesamte Wirtschaft, wie auch die lokale Wirtschaft fördern zu können, wurde die Errichtung der Süd-Bau-Sparkasse beschlossen. Sie ist auf ehrlichen, realen und soliden Grundlagen aufgebaut und sie hat durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie in uneigennütziger Weise ihren Mitgliedern eine wirkliche Stütze bedeutet. Sie umfaßt heute bereits 400 Mitglieder mit rund 4 Millionen abgeschlossenen Bauparkverträgen. Im vorigen Monat wurden an die Mitglieder bereits R.M. 45.000.— Darlehen ausgeteilt und der am 28. d. Mts. neuerdings stattfindenden Darlehensverteilung stehen weitere R.M. 300.000.— zur Verfügung. Die Verwaltung bilden fünf Vorstands- und 15 Aufsichtsratsmitglieder, die in Bayern ihren Wohnsitz haben. Diese Herren bieten auch Gewähr dafür, daß die Verwaltung und Führung der Bauparkasse ständig eine solide sein wird und daß die Bauparkasse auch restlos zum erhofften Ziele gelangen. (Bleibe Inserat im Neuen Volk.)

Bestellt eure Bücher durch uns! Ihr zahlt bei uns nicht mehr als in jedem anderen Buchladen, aber ihr bringt uns damit eine notwendige Hilfe in unserm Kampf. Verlag DAS NEUE VOLK.

Advertisement for sports and hiking gear. Title: 'Für Sport und Wandern.' Lists items like Sportbinder (1.90), Sporthemden (3.75), Sportgürtel (75), Sporthosenträger (1.30), Sportstrümpfe (1.45), Pullover (3.90), Netzjacken (90), Kniehosen (1.60), Herrentoile (3.90). Includes 'Wilhelm Zapf Würzburg' logo.

Advertisement for 'KRAL'S Praktische Rednerschule'. Title: 'Heraus aus der Mietwohnung zum zinsfreien Eigenheim!'. Offers a course in public speaking. Contact: 'VERLAG DAS NEUE VOLK, WÜRZBURG'. Includes 'Koks!' advertisement for coal.

Advertisement for 'Klnderwagen Klappwagen'. Lists 'Reparaturen aller Art rasch und fachmännisch'. Contact: 'M. Klüglein, Dreikronenstraße 15, Würzburg, Telefon 73300.'

Advertisement for 'Schreibmaschinen'. Lists 'Adler und Continental' with weekly rates of 5 Mk. Contact: 'Christian Schmitt, Würzburg, Kaiserstraße 12.' Also 'Die Reichswehr' advertisement.

Advertisement for 'PTRAT FALTBOOTE'. Title: 'SEGEL-ZELTE mit der vielseitigen gediegenen Wanderausstattung, dabei gar nicht teuer.' Contact: 'MÜNCHENER FALTBOOTBAU G. M. B. H., München 25 — Hofmannstr. 50. Vertr.: Rudolf Genhelmer, Würzburg, Sieboldstr. 8.'

Advertisement for 'Der Samariter'. Title: 'Wer sich auf dem Gebiete der Lebensreform betätigen will, wer uns genossenschaftlich unterstützen und an unserer Arbeit praktisch mitwirken will, der schließe sich unseren Organisationen an.' Contact: 'P. Erdmann & Co., Berlin SW. II.' Also 'Eine Anzeige' advertisement.